

Aegypten erwartet Besuch Kissingers schon in Kürze

Nach Überzeugung der Ägypten-Regierung „Al-Ahram“ wird der amerikanische Außenminister Prof. Kissinger am 6. oder am 7. Februar in den Nahen Osten kommen und Verhandlungen in Ägypten, Syrien und Israel führen. Das gesamte

Israel fordert nach dem Sadat-Interview erneut ägyptische Gegenleistungen

(HM) — In einer Stellungnahme zum Interview, das Präsident Sadat dem Korrespondenten des „Le Monde“ gewährt hatte, sagte gestern politische Kreise in Jerusalem, dass Israel zu Friedensverhandlungen mit Ägypten nur bereit sei, wenn Ägypten seine Nachbarstaaten bei der Wahrung ihrer Souveränität und territorialen Integrität unterstützt.

Israel habe mehr als einmal erklärt, dass man zwischen den ägyptischen Grenzen, ihrer besonderen Beschaffenheit, dem ungeschützten Status der Sinai-Halbinsel, dem Charakter des herrschenden Regimes (Topographie, Strategie, Charakter des herrschenden Regimes) keine besondere Beziehung bestehen sollte. Sollte Präsident Sadat auf irgendeine Bindung zwischen einer Regelung mit Ägypten und Regelungen mit anderen Ländern, die an Israel angrenzen, bestehen, so bedeutet dies, dass er das Recht wieder erlangen würde, das er verloren hat, seine eigenen Manöver frei zu beschreiben. Es sei überaus schwer, aus den letzten Erklärungen Sadats zu entnehmen, was davon lediglich für internationale Gebrauch bestimmt gewesen sei.

In Bezug auf Syrien, sagten die politischen Kreise, sei Israel entschieden zu Friedensverhandlungen mit Damaskus bereit. Wegen der besonderen geographischen Bedingungen und anderen Umständen, scheinen jedoch Teilregelungen nicht realistisch zu sein. Dies entspricht übrigens auch der wiederholt erklärten syrischen Haltung.

Schweiz erhöht Rezessiv-Zins

Nachdem der amerikanische Dollar in der Schweiz bereits auf den Kurs von 2,495 Franken gefallen war, wurde ein rezessiver Zins von 40% auf alle Devisen-Depositen verhängt. Es soll auf diese Weise ein weiterer Kursanstieg des Schweizer Franken gegenüber den anderen Währungen und vor allem gegenüber dem Dollar verhindert werden. Als Höchstkurs für den Dollar wurde 2,5 Franken festgelegt.

Nachdem diese Regelung in der Hauptsache nur für Devisen, die nach dem 31. Oktober vergangenen Jahres in der Schweiz deponiert wurden, gilt, ist nicht anzunehmen, dass israel. Staatsbürger spürbare finanzielle Einbußen erleiden.

ANKOMMEN ÜBER KRIEGSVERBRECHEN VOR RATIFIZIERUNG

Der Auswärtige Ausschuss des westdeutschen Bundestages hat den Entwurf des Kriegsverbrechengerichtes in unveränderter Form gebilligt. Um die Ratifizierung dieses Abkommens durch das Parlament zu beschleunigen, hat Bundespräsident Bechtold bereits einen Brief an den Bundespräsidenten geschrieben.

EUROPA-PARLAMENT FINANZIERTE

Das Europa-Parlament hat einen finanziellen Beitrag zum Bau des Tunnels zwischen Frankreich und Großbritannien zugesagt. Cornelius Berkhout, der Präsident des Parlamentes, führte zur Begründung an, dass der Kanal-Tunnel zwei europäische Staaten enger verbindet und es daher ein Anliegen der gesamten europäischen Staatengemeinschaft sein muss, die Durchführung dieses Projekts zu ermöglichen.

DEUTSCHE HILFE FÜR NAHOSTÄNDER

Deutschland führt zur Zeit Verhandlungen über Finanzhilfe auf technischem Gebiet für den Iran, für Libyen und für die Scheichümer am Persischen Golf.

Rohölproduzierende Länder müssen diese Finanzhilfe zurückerhalten, während Entwicklungsländer die Beihilfe nicht zurückzahlen müssen. Zugleich führt Deutschland Verhandlungen mit Marokko über eine Finanzhilfe für die Landwirtschaft.

Erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sowjets und Aegypten

Zwischen der Sowjetunion und Ägypten bestehen weiterhin sehr wesentliche Meinungsverschiedenheiten, die nur durch grundlegende politische Neuorientierung beseitigt werden können. Zu dieser Überzeugung gelangte der UPI-Korrespondent in London nach Diskussionen mit Politikern der Nahestaat.

Solange es nicht zu solchen Änderungen der Politik, sowohl in Ägypten wie auch in Moskau, kommen wird, kann diese Kluft nicht überwunden werden. Auf der anderen Seite wäre es aber gefährlich, schon jetzt weitreichende Schlussfolgerungen zu ziehen, weil die Sowjets sehr daran interessiert sind, ihren Einfluss in Ägypten wieder zu verfestigen.

MOSKAU HOFFT WEITER AUF KISSINGER

Die Sowjets erwarten sich einen Fortschritt bei den Bemühungen um den Frieden im Nahen Osten weiterhin nur im Rahmen der Vermittlungsfähigkeit von Prof. Kissinger. Dies weist die „Baltimore Sun“ aus Kalifornien zu berichten.

Nach diesem Korrespondentenbericht sehen die Sowjets zwar eine bindende Lösung nur im Rahmen von Verhandlungen in Genf, sind aber zugleich davon überzeugt, dass solchen Verhandlungen eine beiderseitige Übereinkunft zwischen Ägypten und Israel vorausgehen muss. Die Aussichten für eine solche Übereinkunft betrachten die Sowjets derzeit durchaus mit Optimismus.

Der amerikanische Botschafter in Kairo, Hermann Eilat, hatte bereits nach Washington berichtet, was die Ägypter unter „Bedingung des Kriegszustandes“ verstehen: Zustimmung zu einer Verlängerung des Mandats der UN-Truppen im Sinai um mindestens ein weiteres Jahr.

Verpflichtung zur Freihaltung von Israel geflüchteten Gebieten von schweren Waffen — Zu dieser Situation führen wird. Es dürfte auf keinen Fall zu einer Störung des inneren Gleichgewichts des Naheost kommen.

Beschadigung soll noch in Anspruch mit diesen drei Staaten vereinbart werden.

In Damaskus wurde das offizielle Organ „Al-Taura“ zu berichten, dass Kissinger im Rahmen seiner Vermittlungsbemühungen nach dem israelisch-amerikanischen Vorschlag einer Teilung der Sinai-Halbinsel zwischen Ägypten und Israel kommen wird. Die syrische Zeitung erwidert bei dieser Gelegenheit, dass eine solche Lösung nur auf der Grundlage der Beschüsse von Rabat gefunden werden kann. Dies bedeutet, dass Israel alle seit dem Jahre 1967 verfallenen Gebiete einschließlich Jerusalem räumen und die Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen muss. Das Parteigang „El Baath“ fügt hinzu, dass die Araber besondere Aufmerksamkeit gegenüber den „israelischen Angriffen auf den Südban“ zeigen müssten.

Prof. Kissinger ist jedoch der Ansicht, dass Syrien einer Friedenslösung zustimmen wird, wenn Israel „nur ein paar Kilometer im Golan“ abgibt.

FRANZÖSISCHER BESUCH IN DAMASKUS

Der Präsident der französischen Nationalversammlung, Edgar Faure, traf am Beiruter Besuch zu einem fünftägigen Besuch in Damaskus ein.

„PRAWDA“ BESCHÜLDIGT ISRAEL

Nach der Ansicht des sowjetischen Parteiorgans „Prawda“ verweigert Israel bewusst die Feindseligkeiten im Nahen Osten, indem seine Politiker fortwährend neue Bedingungen stellen, die von den Arabern nicht angenommen werden können.

Dadurch, dass sich Israel zu Rückzügen auf der Sinai-Halbinsel bereit erklärt, werden wieder die Ansprüche Syriens noch die der Palästinenser anerkannt. Solche Gebietsverträge seien mit der Forderung auf Zugeständnisse von Seiten Ägypten und Jordanien aus den USA verbunden, erklärt die „Prawda“.

SAUDIEN WILL F-15-KAMPFFLUGZEUGE

Der saudische Generalstabschef wird gelegentlich seines

Mapam fordert volle Klarheit über Israels Friedensbedingungen

Mapam-Generalsekretär Meir Talai ist davon überzeugt, dass die Konferenz von Genf bereits in wenigen Monaten wieder zusammentritt und Israel daran teilnehmen wird. Aus diesem Grunde müsse schon jetzt die Frage gestellt werden, wer nach Genf geht und was er dort anbietet.

Auch Mapam glaubt nicht, dass jetzt schon eine endgültige Friedensregelung erlangt werden kann, sondern nur eine einstweilige Regelung möglich ist. Aber auch diese Tatsache verpflichtet Israel, klare Zielstellungen anzugeben. Vor allem muss Klarheit darüber bestehen, wo die endgültige Friedensgrenze liegen soll und wie weit sich Israel im Rahmen einer Zwischenlösung zurückziehen kann.

Zu den Bemühungen um eine Rehabilitierung von Mosche Dagan bezogen, erklärte Talai, dass dieses Vorhaben kaum zu einer Besserung der politischen Situation führen wird. Es dürfte auf keinen Fall zu einer Störung des inneren Gleichgewichts des Naheost kommen.

ISRAEL NACHRICHTEN

דונערשטיק, 23. יאנואר 1975 • פרייז: 1.30 ש"ח

Allon rechnet mit fortgesetzter Einwanderung aus der Sowjetunion

(HM) — Es sei zu erwarten, dass die Einwanderung aus der Sowjetunion in den nächsten Jahren fortgesetzt werden wird. Die syrische Zeitung erwidert bei dieser Gelegenheit, dass eine solche Lösung nur auf der Grundlage der Beschüsse von Rabat gefunden werden kann. Dies bedeutet, dass Israel alle seit dem Jahre 1967 verfallenen Gebiete einschließlich Jerusalem räumen und die Rechte des palästinensischen Volkes anerkennen muss. Das Parteigang „El Baath“ fügt hinzu, dass die Araber besondere Aufmerksamkeit gegenüber den „israelischen Angriffen auf den Südban“ zeigen müssten.

Amerikanischer Ausschuss setzt den Kampf um die freie Auswanderung fort

„Wir werden unseren Kampf um die freie Auswanderung der Juden aus der Sowjetunion niemals aufgeben“, erklärte Stanley Lowell, der Präsident des Öffentlichen Ausschusses für die Anliegen der sowjetischen Juden bei seiner Ankunft in Israel. Die Delegation, die Lowell leitet, wird vier Tage lang in Israel bleiben und Beratungen mit dem Ministerpräsidenten und mit dem Vorsitzenden der Sochnut-Exekutive führen.

Nach der Ankündigung des amerikanisch-sowjetischen Handelsabkommens sieht sich dieser Ausschuss verpflichtet, seine Bemühungen wesentlich zu verstärken. Delegationsleiter S. Lowell hofft jedoch, dass einer der Hauptgründe für die sowjetische Kündigung der Begrenzung des Handelskredits aus 300 Millionen Dollar anstelle der von den Sowjets erhofften Finanzhilfe in Höhe von einer Milliarde Dollar war, dass die Amerikaner den Sowjets einen solchen Kredit nicht zubilligen konnten, liegt vor allem daran, dass die Weltbank noch keine entsprechende Beihilfe zugesichert hatte. Die Sowjets könnten daher zu der Einsicht gelangen, ihre Entscheidung nicht nur an den auswanderungswilligen Juden auszuliefern. Zudem besteht die Hoffnung, dass in Kürze nochmals Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über einen neuen Vertrag mit mehr Zugeständnissen gegenüber den Sowjets aufgenommen werden können.

ISRAEL-HILFE IM US-BUDGET

Die Israel-Hilfe wird im amerikanischen Budgetvorschlag enthalten sein, den Präsident Ford zu Beginn des kommenden Monats dem Kongress vorlegt. Die zwei Milliarden Dollar, die Israel beantragt hat, sollen nicht von der Zustimmung zu weiteren israelischen Verträgen abhängen.

800 RUECKWANDERER IN BELGIEN

Nach einer Mitteilung des belgischen Auswärtigen Ministers befinden sich derzeit etwa 800 Juden aus der UdSSR, die bereits nach Israel eingewandert waren, aber das Land wieder verlassen haben, in Belgien. Die meisten dieser Rückwanderer wollen sich zwar in ein anderes Land begeben, verweilen aber einweilen noch in Belgien. Etwa 640 von diesen Juden erhalten soziale Unterstützung durch belgische Behörden.

PLO-Gesuch beim IKRK noch nicht bestätigt

Das israelische Auswärtigenministerium hat von der schweizerischen Regierung oder dem IKRK keinerlei Fragebogen erhalten wie sich Israel einem Ansuchen der PLO gegenüber, den internationalen Genfer Konventionen für Kriegsführung, beizutreten, zu verhalten gedankt. — Dies erklärte gestern der Sprecher des Auswärtigenministeriums unserem HM-Korrespondenten in Beantwortung einer Frage. Der Sprecher fügte hinzu, die PLO habe vor einigen Jahren

Der Außenminister, der sich zu vier verschiedenen Tagesordnungspunkten zum Thema der jüdischen Auswanderung aus der UdSSR nach Israel äußerte, erklärte, die Sorge der Antragsteller um das Schicksal der jüdischen Gemeinschaft in der Sowjetunion zu teilen. Allon betonte jedoch, dass

Anch der Beginn der massiven Alija der vergangenen Jahre ging den Erwägungen über das Handelsgesetz chronologisch voraus. Allon gab seiner Zuversicht Ausdruck, dass alle moralischen und politischen Kräfte, die zu mobilisieren das jüdische Volk in aller Welt imstande sei, der Forderung um die Rechte der Juden in ihre Heimat zurückzukehren Nachdruck verleihen werden.

Die vier Tagesordnungspunkte der Abgeordneten Abramow (Likud), Sha'ari (UL), Pail (Moded) und Avnati (RNP) wurden mit Zustimmung der Initiatoren an den Knessetausschuss für Auswärtiges und Sicherheit verwiesen.

Der Rakach-Abgeordnete Willner regte an, die Anträge unmittelbar von der Tagesordnung zu streichen. Da Willner seinen Vorschlag überaus langwierig begründete und den wiederholten Aufforderungen des Knessetvorsitzenden, sich an seine Sprechzeit zu halten, nicht Folge leistete, wurde er vom Vorsitzenden Tschajahu in scharfen Worten zu Recht gewiesen.

Der Delegation gehören auch der Vizepräsident des Ausschusses, Rabbinder David Hill, der Vorsitzende des New-Yorker Ausschusses, Hogen Gold, und der Generaldirektor Gary Goodman an.

Senator Charles Percy in Israel eingetroffen

(HM) — Zu einem zweitägigen Besuch in Israel traf gestern Senator Charles Percy (55), Republikaner aus Illinois, im Lande ein.

Dem Versprechen nach ist Senator Percy ein in Frage kommender Kandidat der Republikaner für den Posten des US-Präsidenten.

Senator Percy hatte sich in Jordanien, bevor er nach Israel kam, zugunsten eines israelischen Rückzugs aus den besetzten Gebieten geäußert und diese Bemerkung war in Israel befreudend zur Kenntnis genommen worden. Als Senator Percy darauf befragt wurde, rechtfertigte er sich, indem er behauptete, nur diejenigen Gebiete gemeint zu haben, „die der Wiederherstellung des Friedens im Wege stehen“.

Senator Percy war gestern mittag Tischgast des Ministerpräsidenten. Heute begibt er sich per Hubschrauber von Atarot-Jerusalem aus an die libanesischen Grenze, und anschließend nach Tel-Aviv, wo ihm für heute nachmittag im Hilton-Hotel eine Pressekonferenz anberaumt ist. Abends ist er Gast von Verteidigungsminister Peres.

Senator Percy, der vor seiner Ankunft in Israel zehn arabischen Staaten besucht hatte, sagte, dass Allerwichtigste sei, einen Nahostkrieg zu verhindern. Ein solcher Krieg würde für die ganze freie Welt unheimlich für die Völker des Nahen Ostens katastrophal auswirken.

Percy berichtete, er habe den israelischen Führern klargemacht, dass die USA Israel im Falle eines von Israel eröffneten Präventivkrieges nicht unterstützen würden. Gleichermassen

die intensive Kampagne um die Alija der sowjetischen Juden „sämtlichen Handelsabkommen jeder Art“ vorausgegangen war.

Die vier Tagesordnungspunkte der Abgeordneten Abramow (Likud), Sha'ari (UL), Pail (Moded) und Avnati (RNP) wurden mit Zustimmung der Initiatoren an den Knessetausschuss für Auswärtiges und Sicherheit verwiesen.

Der Rakach-Abgeordnete Willner regte an, die Anträge unmittelbar von der Tagesordnung zu streichen. Da Willner seinen Vorschlag überaus langwierig begründete und den wiederholten Aufforderungen des Knessetvorsitzenden, sich an seine Sprechzeit zu halten, nicht Folge leistete, wurde er vom Vorsitzenden Tschajahu in scharfen Worten zu Recht gewiesen.

Der Delegation gehören auch der Vizepräsident des Ausschusses, Rabbinder David Hill, der Vorsitzende des New-Yorker Ausschusses, Hogen Gold, und der Generaldirektor Gary Goodman an.

Der Delegation gehören auch der Vizepräsident des Ausschusses, Rabbinder David Hill, der Vorsitzende des New-Yorker Ausschusses, Hogen Gold, und der Generaldirektor Gary Goodman an.

DAS WETTER

Teilweise bewölkt, einzelne Regenfälle möglich. Temperaturen Jerusalem 6 bis 18, Tel-Aviv 8-18, Haifa 11-17, Gail 5-11, Kinneret 6-18, Atula 3-19, Lod 5-19, Totes Meer 7-21. Beer Scheva 4-18, Eilat 10-21 Grad.

תל אביב-יפו
TEL-AVIV - JAFU
P.P. — שולחן
139

aus Israels PRESSE

DIE ERKLÄRUNGEN SADATS

Die Ausführungen Sadats in seinem letzten Interview werden von den Tageszeitungen in ihren Leitartikeln scharf abgelehnt.

Jerusalem Post hält auf Grund des Interviews weitere Verhandlungen für überflüssig und warnt Israel, in eine Falle zu gehen. Aegypten ist nur daran interessiert, Gebiete zurückzubekommen und will dafür keine politischen Gegenleistungen bieten, vielmehr will Sadat später alles umfassende Forderungen vor die Konferenz von Genf bringen. An sich hat Aegypten auch genügend Gründe, einen neuen Krieg zu fürchten: wenn Sadat etwas erhalten will, so muss er einsehen, dass er auch etwas geben muss.

Al Hamischmar ist der Auffassung, dass Sadat klar gemacht werden muss, dass er nur mit Hilfe von Verhandlungen und nicht durch ein Diktat seine Ziele erreichen kann. Sadat muss festlegen, welchen Preis er für ein weiteres Abkommen mit Israel zahlen will. Ein solches Abkommen muss auf Kriegsverzicht beruhen. Sadat will anscheinend Israel wieder irreführen, in dem er sich darüber beklagt, dass Russland ihn nicht die notwendigen Waffen liefert.

Hazfote glaubt, das letzte Interview Sadats beweise, dass er in einem Abkommen mit Israel nicht einen Pakt für Einigung sehe, sondern nur ein Mittel, um weitere Gebiete frei zu bekommen. Wenn das die Auffassung Sadats ist, so begrüßt er damit alle Möglichkeiten für eine Einigung. Sadat entzieht sich auch der Verpflichtung, den Transport israelischer Waren durch den Suezkanal zuzulassen, da er anlässlich des Entfaltungskommunens übernommen hatte. Die Worte Sadats hinterlassen den Eindruck, dass er Israel auf die Linien von 1947 zurückdrängen will, die nach seiner Meinung allein die Basis für eine gerechte Regelung darstellen.

Omer sieht keine Möglichkeit, auf Grund der Auffassungen Sadats zu einer Einigung zu gelangen. Der ägyptische Präsident

will zuerst Israel auf seine alten Grenzen zurückdrängen und hofft dann, den demokratischen Palästinastaat entstehen zu sehen, von dem Präsident Sadat aus Aegypten beweisen, dass es nicht in einer Lage ist, in der es keinen Ausweg gibt und dass es nicht sein Diktat annehmen muss.

DIE INNRE SITUATION DER RNP

Dawar befasst sich anlässlich der Dajanim-Debatte mit der verworrenen inneren Situation in der RNP. Der innere Kampf, den die Jungen gegen die alte Führung in der RNP betreiben, kann als Mittel zur Auflösung der historischen Koalition mit dem Arbeiterlager benutzt werden, um die Herrschaft im Staate der Rechten zu übergeben. Früher oder später wird eine Spaltung in der RNP unvermeidlich sein.

DIE WIRTSCHAFTLICHE HILFE

Hareze sieht mit grosser Besorgnis die Verzögerung der wirtschaftlichen Hilfe durch die USA. Anscheinend hinkt diese Taktik mit dem Willen Washingtons zusammen, auf Israel Druck auszuüben, um weitere Verzicht von Seiten Israels zu erreichen. Israel sollte den Vereinigten Staaten unweidig mitteilen, dass dies keine Methode ist, von Israel Verzicht zu erreichen, für die dann mit amerikanischen Wirtschaftshilfe „bezahlt“ wird.

GEGEN DIE MKHREKSTEUER

Hamodia wendet sich gegen die geplante Einführung der Mehrwertsteuer und wirft der Regierung vor, dass sie die Massen mit neuen Steuern belasten will, statt nach Einsparungsmöglichkeiten im eigenen Apparat zu suchen.

GEGEN LEGALISIERUNG DER ABTREIBUNG

Schechar fordert eine grosse Aktion gegen das geplante Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung. Dieser Entwurf muss verworfen werden, weil er sich gegen lebenswichtige demokratische Interessen unseres Volkes wendet.

BEGRENZTE ANZAHLUNG FÜR WOHNUNGEN

Am 2. Februar wird die Bestimmung in Kraft treten, die alle Anzahlungen für den Erwerb von Wohnungen gegen Verlust absichert.

Wenn der Baunternehmer keine Versicherung der Anzahlung gewährt, darf diese nur höchstens 15% des Kaufpreises betragen. Weitere Anzahlungen dürfen dann in Laufe der Bauarbeiten unter folgenden Bedingungen gefordert werden: 40% nach der Fertigstellung des ersten Stockwerks; 20% nach der Fertigstellung des Rohbaus der gekauften Wohnung; 15% zusätzlich nach Abschluss der Maurerarbeiten innerhalb der Wohnung und ebenfalls 15% zusätzlich nach Fertigstellung des Aussenputzes; 10% zusätzlich nach Übergabe der Wohnung entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen.

Anlässlich der Trauer um seine geliebte Mutter, Frau
LEA WEINBERG

sprechen wir Herrn

HEINZ WEINBERG

unsere innigste Teilnahme aus.

DIE MITBEWOHNER
DES HAUSES
CHANKINSTR. 34, CHOLON

Galili verteidigt den Beschluss über Maale Adumim

Dem Komplex Maale Adumim war eine Sitzung der Maarach-Fraktion in der Knesset gewidmet, in der Minister Israel Galili das Projekt eingehend verteidigte. Der Minister hatte sich den Leiter der staatlichen Bodenbehörde Zorea zur Hilfe beigebracht. Dieser stützte er sich auf seine Darlegungen auf genaue Daten aus Regierungssitzungen und auf vorbereitete Pläne.

Galili wies alle Vorwürfe in der Angelegenheit Maale Adumim entschieden zurück. Die Regierung habe jederzeit das Projekt einstimmig beschlossen. Nur zwei Minister hätten Verschiebung der Durchführung der Pläne um sechs Monate verlangt, hatten jedoch keinen grundsätzlichen Widerspruch gegen die Vorlage erhoben. Nach Meinung von Galili muss Maale Adumim zum Staatsgebiet Israels gehören; darüber bestehen keine Meinungsverschiedenheiten.

Die Besiedlungsaktionen wurden nicht improvisiert in Angriff genommen, sondern auf Grund genauer Pläne, die in dreijähriger Arbeit vorbereitet wurden. Der Leiter der Bodenbehörde Zorea hat nur die Beschlüsse der Regierung durchgeführt und sich an deren Wünsche gehalten. Gegen den Finanzdezernenten der Sochnut Dulin sind wegen des Kredites für die Regierung keine Vorwürfe zu erheben. Er hat sich völlig korrekt verhalten. Schon das Äussern hat die Regierung sich von der Sochnut Kredite für Besiedlungsprojekte geben lassen. Im vorliegenden Falle hat man in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten Rabin gehandelt, und Dulin kann nur dafür gelobt werden, dass er der Regierung mit einem Kredit von 1,5 Millionen IL zu Hilfe kommen wollte.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Maarach-Fraktion begnügten sich die Anwesenden mit

„GUSCH EMUNIM“ PLANT NEUE GROSSAKTION

Die „Gusch Emunim“-Bewegung will in der kommenden Woche über eine neue Siedlungsaktion beraten, die umfangreicher und aufsehenerregender als alle früheren Aktionen sein soll.

An diesen Beratungen sollen teilnehmen: die Mitglieder des Sekretariats, die Vertreter der Siedlungswilligen, die Vertreter von Siedlungs-Körperschaften, die Bezirks-Funktionäre der Siedlungsbewegung, Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Öffentlichkeit.

Die Leitung der „Gusch Emunim“-Bewegung leitet alle Meldungen, die über einen Anschluss an eine „gewisse politische Gruppe“ infanterbar an die Oppositionsgruppe der jungen RNP-Mitglieder berichten. Es wird betont, dass „Gusch Emunim“ keine politische Partei sein will, sondern „weiterhin als überparteiliche Bewegung, die eine Besiedlung des ganzen Landes Israel beabsichtigt“, arbeiten will.

LEBHAFTER VERKEHR UEBER DIE JORDANBRÜCKEN

Im Laufe des Jahres 1974 haben mehr als 810.000 Personen über die Jordanbrücken das israelische Staatsgebiet betreten oder verlassen.

Es handelte sich hierbei um 280.000 Bewohner der von Israel verwalteten Gebiete, die in das arabische Land übersiedelten; zugleich kamen 225.000 Bewohner arabischer Staaten, um sich ständig in den von Israel verwalteten Gebieten niederzulassen. Aus Israel reisten 141.000 Personen über die Jordanbrücken zu Besuchen in arabischen Staaten, während 138.000 Besucher aus arabischen Staaten in die von Israel verwalteten Gebiete einreisten. Ausserdem kamen 17.000 Touristen über die Jordanbrücken nach Israel, während 9.000 Touristen auf diesem Wege zurückreisten.

Polizei sucht weiter nach dem Mörder von Rachel Heller

Heute endet der 300tägige Haftbefehl für Joram Bichonski. Wenn die Polizei eine Verleugung der Unterwerfung beantragen will, muss sie jedoch ein Gutachten des Rechtsabteilung der Regierung beibringen. Allen Anschein nach ist die Polizei nicht mehr davon überzeugt, dass der 21-jährige Joram Bichonski der Mörder der Soldatin Rachel Heller war. Sie verlässt sich hierbei offenbar auf die Aussagen von Masal Misrahi, die alles, was sie wusste, aussagte, sich allerdings in ihren Angaben über die letzten Tage vor dem Mord zurückhielt. Auch im Tagebuch von Joram Bichonski fehlen die Aufzeichnungen über diese Periode. Diese Einzelheiten sollen nun durch Ermittlungen bei anderen Freunden von Rachel Heller und Joram Bichonski im Bezirk Tel Aviv erlangt werden.

Masal Misrahi erhielt inzwischen von ihrer Militäreinheit die Anweisung, diesem abzuwarten, welcher Einheit sie künftig angehören soll; eine Rückkehr zu ihrer bisherigen Einheit soll nicht in Betracht kommen. Einem Pressekorrespondenten gegenüber hatte sie erklärt, dass sie Joram Bichonski nicht für den Mörder von Rachel Heller halte und der Polizei alle Angaben übermitteln werde, die auf die Spur nach dem wirklichen Mörder führen können.

WIEDER SYMPATHIEN FÜR HUSSEIN

Die Bewohner des Westjordanlandes sind offenbar von der PLO enttäuscht und setzen ihre Hoffnungen wieder auf Jordanien.

Als sich nach der Gipfelkonferenz von Rabat auszusprechen schien, dass die PLO die Anliegen aller Palästinenser tatkräftig vertreten werde, hatten sich die Westjordanbewohner in Demonstrationen mit den Terroristen identifiziert. Jetzt herrscht wieder Ruhe in den Städten von Judäa und Samaria. Die PLO hat enttäuscht und immer mehr ringt sich die Ueberzeugung durch, dass nur der jordanische König Hussein die Anliegen der Westjordanbewohner vertreten kann.

Die jordanische Regierung hält sich einstweilen noch an die Beschlüsse von Rabat gebunden und legt sich Zurückhaltung auf. Zugleich bereitet sie aber den Boden für den Tag vor, da sie die Uebertragung des vollen Repräsentationsrechts erwartet. Die Gehaltszahlungen an die früheren jordanischen Beamten und die Beihilfen für die Ortsausschüsse werden aber weiterhin aus Jordanien überwiesen.

Viele Ausreisenden denken tatsächlich daran, dass Saudi-Arabien und Aegypten beabsichtigen, Jachir Arafat zu überreden, die Verhandlungen über die Zukunft des Westjordanlandes jordanischen König Hussein zu überlassen. Von allen deshalb, weil Arafat nicht mit der PLO verhandeln will.

Musik RUNDSCHAU

Mozart-Zyklus mit Daniel Barenboim

Zur Identifizierung der Werke Mozarts bedient man sich der Nummern in Köchels chronologisch-thematischem Verzeichnis. Tonartangabe genügt nicht, weil Mozart beispielsweise allein in B-, C-, Es- und F-Dur, je vier Klavierkonzerte geschrieben hat. Parallel zur Köchelangabe bedient man sich auch der durch die Gesamtausgabe von Breitkopf & Härtel eingeführten fortlaufenden 28 Nummern, die an letzter Stelle ein Konzertround mitzählen. Die ersten vier Konzerte sind in Wirklichkeit Konzertbearbeitungen des 11-jährigen Mozart von fremden Sängern (drei weitere des 15-jährigen nach Johann Christian Bach, sind nicht aufgenommen). Liegt man die ersten vier „fremden“ Konzerte, so findet man das für zwei und drei Klavier, sowie das Konzertround, das fort, also insgesamt sieben, bleiben 21 originale Mozartkonzerte für Klavier, die in einer Konzertreihe der Philharmonie mit Daniel Barenboim als Solisten, der von Instrumenten aus auch dirigiert, dargestellt wird. An jedem der sieben Abende dieser Konzertreihe werden drei Konzerte gespielt, unter denen sich meistens ein frühes und ein berühmtes spätes befinden.

So bestand das Programm des Eröffnungskonzerts aus dem ersten originalen Konzert (No. 5, Köchel 175, D-Dur) und zwei besonders berühmten, dem A-Dur (K. 488) und dem B-Moll (K. 491). Die Konzertreihe setzte gleich nach dem Auftreten von Rostropovich ein, zuvor war noch der „Messias“ – janz, das Publikum (und seine Tasche) werden sehr in Anspruch genommen. Kein Wunder, dass bei diesem Konzert der Mozartreife mit D. Barenboim, der ja immer wieder heimkommt und auftritt der Saal nicht so voll war wie man erwarten hätte. Offenbar aus diesem Grunde fischte man während des Konzerts das Licht im Zuschauerraum ab (was schon deshalb nicht angeht, weil viele Zuhörer der Musik an Hand der Kommentare in Programmhäfte folgen wollen und das drückt er recht richtig aus). Dass sie dann des noch stieg, ist nur der hohe Interpretationskunst Daniel Barenboims und seiner technischen Beherrschung des Instruments zu verdanken. Dass trotz seiner kleinen Zeichengabe da und dort im Orchester Ungenauigkeiten passierten, ist wohl auf die Ueberforderung der Philharmonie zurückzuführen. Barenboim war ganz in seinem Element, wenn mit Mozarts Musik sich er ja ganz auf und und und, und ihm Mozart spielen zu hören, ist immer ein Erlebnis.

Yehuda Cohen

SPORT international

Makkabi Tel-Aviv spielt zweimal dabei

(ad) — Die israelischen Basketballfreunde haben Grund zur Freude: Meister Makkabi Tel-Aviv wird ein zusätzliches Heimspiel im Rahmen der Viertelfinal des Europacups der Basketballmeister in Jad Eljahu austragen. Makkabi wird zweimal dabei gegen den schwedischen Meister Elvik Stockholm antreten, nachdem sich diese Mannschaft nach Verhandlungen mit einer israelischen Delegation hierzu bereit erklärt hat. Zuvor hatten die Schweden angekündigt, dass sie sich möglicherweise wie der sowjetische Meister

CSKA Moskau aus dem Europacup-Wettbewerb zurückziehen, da die finanzielle Belastung zu gross sei. Die Schweden hatten dabei besonders auf die teure Reise nach Israel hingewiesen. Es zwischen konnte aber eine Annäherung erzielt werden, die die Schweden von ihren Finanznöten befreit.

ZWEI NIEDERLAGEN FÜR ISRAELIS HANDBALLEI GEGEN DEUTSCHLAND

Die israelische Handballnationalmannschaft bezug auf ihre Europareise bisher in zwei Spielen zwei Niederlagen. Beide Male war die sich im Neuaufbau befindliche deutsche Nationalmannschaft der Gegner und bei den Male siegen die deutschen Favoriten klar. Im ersten Spiel begünstigten sie sich mit einem 17:12, während im zweiten Spiel in Oberwart die Israelis mit 23:13 Toren das Nachsehen hatten.

kleine ANZEIGEN

Philipp der Fachmann kauft Möbel, Frigidaire, Televisoren, apparate. — Telefon 876818, abends: 873223.

Minister w...

Die jordanische Regierung hält sich einstweilen noch an die Beschlüsse von Rabat gebunden und legt sich Zurückhaltung auf. Zugleich bereitet sie aber den Boden für den Tag vor, da sie die Uebertragung des vollen Repräsentationsrechts erwartet. Die Gehaltszahlungen an die früheren jordanischen Beamten und die Beihilfen für die Ortsausschüsse werden aber weiterhin aus Jordanien überwiesen.

Die jordanische Regierung hält sich einstweilen noch an die Beschlüsse von Rabat gebunden und legt sich Zurückhaltung auf. Zugleich bereitet sie aber den Boden für den Tag vor, da sie die Uebertragung des vollen Repräsentationsrechts erwartet. Die Gehaltszahlungen an die früheren jordanischen Beamten und die Beihilfen für die Ortsausschüsse werden aber weiterhin aus Jordanien überwiesen.

24.1.1975

Donnerstag, 23. 1. 1975

ISRAEL NACHRICHTEN

Justizminister wünscht volle Knessetbänke

Von DAWACH

Es ist nun einmal eine Tatsache in Israel: Die Beratungen in der Knesset finden oft genug vor den spärlich besetzten Bänken der Abgeordneten statt, viele entscheidende Beschlüsse werden nicht mit den Stimmen der echten Mehrheit gefasst, wenn die Abgeordneten der Oppositionsparteien vollzählig zur Abstimmung erscheinen als die Abgeordneten der Koalitionsparteien, können sie leicht die Stimmenmehrheit verfehlen.

Ein Sechstel der Knessetabgeordneten hat eine „Hauptberufung“, die sie von der Wahrnehmung der parlamentarischen Verpflichtung entschuldigt.

Aus ISRAEL

Die Minister, Justizminister Chaim Zadok schlägt daher, zunächst im internen Rahmen seiner Fraktion, der Arbeitspartei, vor: Alle Minister sollen für Knessetmandat niederkommen. Der nachfolgende Kandidat auf der Wahlliste zieht an ihrer Stelle in die Knesset ein, muss aber seinen Platz wieder zur Verfügung stellen, wenn der Minister aus irgendeinem Grunde aus der Regierung ausscheidet.

Es handelt sich hierbei um eine Methode, die auch in Norwegen geübt wird. Sie hat den Vorteil, dass sich mehr Knessetabgeordnete ihrer parlamentarischen Aufgabe ganz widmen und zu allen Sitzungen erscheinen können. Der Nachteil, der zugleich in Kauf genommen werden muss, liegt darin, dass den Ministern dann der ständige Kontakt mit der parlamentarischen Institution und auch jene Rückmeldung für all ihre Entscheidungen, die sie unbedingt benötigen, fehlen würde.

Dieser Vorschlag dürfte sich bei allen Parteien anschließen, denn diese Methode ermöglicht ihnen, mehr politische Funktionen zu erlangen. Besonders für die kleineren Parteien, denen normalerweise viele Ministerposten zugewiesen wurden, werden hier von Profiteuren. Rechtfertigen würde eine solche Neuregelung jedoch eine Änderung der Grundregeln des israelischen Parlamentarismus. Bis jetzt gilt die Bestimmung, dass der Staatspräsident „einen der Knessetabgeordneten“ mit der Bildung der Regierung beauftragt. Bislang also Jizchak Rabin nicht beauftragen können, denn dieser war zuvor Arbeitsminister und hätte nach dem neuen Vorschlag des Justizministers dann nicht der Knesset angehört.

NEUE SAETZE FUER DIE ERSATZTUEUER

Das Finanzministerium arbeitet

jetzt neue Normen für die Erhebung der Erbschaftsteuer aus, die auf die fortwährende Geldentwertung Rücksicht nimmt und spürbare Erleichterungen bringen wird.

Zunächst ist an höhere Freibeträge gedacht: Für den hinterbliebenen Ehepartner 100.000 IL (statt 25.000 IL); für Kinder (bis zum Alter von 22 Jahren) 60.000 IL (statt 15.000 IL); für Erwachsene 40.000 IL (statt 10.000 IL); dazu eine Sonderregelung für Invaliden: 15.000 IL bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50% und je 1.000 IL mehr für jedes weitere Prozent der anerkannten Erwerbsunfähigkeit.

Anch die Steuersätze sollen neu abgestuft werden. Bis jetzt beginnt die Steuerzahlung mit 5% bei einer Erbschaft im Wert von 35.000 IL und erreicht 60% bei einer Erbschaftssumme von einer Million IL. Auch künftig soll der Steuersatz von 5% für eine Summe von 35.000 IL gelten, steigt aber dann langsamer an und erreicht bei einer Erbschaft im Wert von einer Million IL erst 40%. Der Satz von 60% soll erst bei einer Summe von 3,25 Millionen IL gelten und durch den neuen Höchstsatz von 70% ergänzt werden, der aber erst bei einer Erbschaft im Wert von 9 Millionen IL gilt.

Eine weitere Neuregelung gilt für die Bewertung der vererbten Wohnung. Bisher wurde ein Freibetrag von 50.000 IL bei einem Wohnungswert bis zu 150.000 IL gewährt. Jetzt, nachdem die Wohnungswerte erheblich gestiegen sind, soll ein Freibetrag von 75.000 IL bei einem Wohnungswert bis zu 400.000 IL gelten. Als wesentliche Neuregelung gilt jedoch der Grundsatz, dass die Wohnung gemeinsames Eigentum beider Ehepartner war, der Erbanteil also nur mit der Hälfte des Wohnungswertes berechnet wird.

Auch soll die Bestimmung wegfallen, dass der Erbe diesen Freibetrag nur dann erhält, wenn er weiterhin in dieser Wohnung bleiben will; es soll ihm also künftig ein Verkauf der Wohnung zugestanden werden, ohne dass er den Anspruch auf den Freibetrag verliert.

TEILHABER HAT ANTEIL AM GRUNDBESTITZ

Über die Rechte an einem gemeinschaftlich genutzten Grundstücksbesitz musste das Oberste Gericht entscheiden. Es handelte sich um eine Teilhaberschaft, die einen Verkäufers von Teilen des Gesamtgrundstücks ausschloss. Nach der Auffassung von Richter Chaim Cohen stellt eine solche Teilhaberschaft eine echte Besitzform dar; sie dient der Verhütung eines teilweisen Verkaufs, beschränkt die Verfügung eines Teilhabers über das Grundstück.

stiftet aber nur für die Dauer von fünf Jahren. Die Mehrheit des Gerichts gelangte aber zu der Überzeugung, dass der Käufer eines solchen Grundstücksteiles nicht mehr den Begrenzungen des Teilhabervertrags unterliegt.

VORDATIERTE SCHECKS VERFALLEN NICHT

Ein vordatiertes Scheck wird nach einer anderen Entscheidung des Obersten Gerichts nur dann zur Einlösung an angegebenem Datum fällig, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde. In jedem anderen Falle muss die Bank den Scheck dann einlösen, wenn er ihr vorgelegt wird. Die Verjährungsfrist beginnt jedoch erst von dem Tag an, der auf dem Scheck als Einlösetag angegeben ist.

Bereits am Tage der Ausfertigung und nicht erst am dem vom Ausfertiger vorgesehenen Einlösetag muss aber der Scheck gedeckt sein. Ist dies nicht der Fall, kann sich der Ausfertiger eines vordatierten Schecks strafbar machen.

KEINE ANLEIHE FUER FREMDES EIGENTUM

Selbstverständlich kann eine Anleihe nur auf einen Gegenstand aufgenommen werden, der sich wirklich im Besitz des Kreditnehmers befindet. Ein Landwirt, der sich einen Traktor ausgeliehen hatte, ging von der irigen Annahme aus, dass sich aus der langfristigen Überlassung des Fahrzeuges bereits ein Eigentumsrecht ergeben hat. Er konnte sich nicht mit Recht darauf berufen, dass die Er-

binis, eine Anleihe auf diesen Traktor aufzunehmen, nicht ausdrücklich ausgeschlossen worden war.

EINSPRUCH FÜHRTE ZUR STRAFANZEIGE

Vier Neuzugewanderte, die Mutter, deren Sohn und dessen Ehefrau sowie der Enkel, hatten sich als eine Familie registrieren lassen und eine dementsprechende Wohnung zugewiesen erhalten. Später entschied sich jedoch die Mutter, bei ihrer Tochter zu wohnen, beantragte einen eigenen Olim-Ausweis und forderte auch eine neue Bewilligung für den Erwerb einer Wohnung. Das Einwanderungsministerium lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, dass alle Rechte bereits gewährt worden.

Hierauf folgte ein Einspruch bei der Berufungsinstanz der Sochnin und schließlich beim Obersten Gericht. Die Folge war nicht nur die Abweisung des Einspruchs und die Verurteilung der Gerichtskosten, sondern auch eine Strafanzeige: Die Kfgrin hatte nämlich erwirkte Angaben gemacht und verschwiegen, dass sie auch eine Pension und eine Altpension bezieht.

FAMILIENVATER ALS HEIRATSSCHWINDLER

Ein verheirateter Mann, Vater von vier Kindern, heiratete sich als Heiratschwindler. Mit der Behauptung, dass er geschieden und Vater nur eines Kindes sei, suchte er einem jungen Mädchen Geld herauszuplocken. Der Betrug wurde durch den Prozess vor dem Amtsgericht in Haifa.

Europas Rechtsradikale marschieren wieder

In Frankreich hat Ende Dezember ein Treffen Rechtsradikaler aus mehreren europäischen Ländern stattgefunden, nach dessen Abschluss schriftliche Unterlagen über die Umtriebe dieser Gruppierung den italienischen Behörden in die Hände fielen. Der Wiener Staatsanwalt Luciano Vilante teilte mit, diese Papiere bezögen sich auf eine internationale rechtgerichtete Bewegung, die sich „Neue europäische Ordnung“ nenne. Ihr Ziel seien gemeinsame Bemühungen um eine Bewegung nach rechts in mehreren europäischen Staaten.

An dem Treffen am 28. und 29. Dezember in Lyon haben nach diesen Angaben rund 30 Personen teilgenommen, darunter vier Italiener. Diese Italiener seien bei der Rückreise von Beamten einer italienischen Antiterroristen-Brigade an der Grenze kontrolliert worden, wobei die Unterlagen entdeckt worden seien. An dem Treffen hätten auch Rechtsradikale aus der Bundesrepublik, Schweden, Dänemark, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, der Schweiz und Spanien sowie aus Jugoslawien und der Tschechoslowakei teilgenommen.

Der Bürgermeister von Ransau, Dr. Israel Peled, hat sich an Innenminister Dr. Burg und an den Vorsitzenden der Zentrale der Ortsgemeinden, Bürgermeister Elion, gewandt und darauf aufmerksam gemacht, dass nach seiner Meinung neue Wege zur Deckung der Defizite der Städte und Ortsgemeinden gesucht werden müssen. Die Herausforderung der allgemeinen Ortsteuer (Armonn) ist nach Auffassung von Dr. Peled nicht ausreichend. Er sagt voraus, dass viele Bürger mit Anträgen auf Ermäßigung oder auf Erlass der Steuer erscheinen werden und dass das Ergebnis der neuen Massnahmen finanziell geringfügig sein wird.

Ein neues Viertel mit 2.000 Wohnungen soll östlich von Petach Tikwa in der Nähe von Amichaw gebaut werden. 50 Wohnungen in Ofakim im Negev, die für Neuzugewanderte bestimmt waren, stehen leer. Sie sollen deshalb an junge Ehepaare übergeben werden.

Ein französischer Teilnehmer, der angenommen bleiben wollte, bestieg in Lyon das Treffen von Ende Dezember. Er betonte jedoch, die Zusammenkunft sei „im wesentlichen kultureller Natur“ gewesen und habe sich mit der Verteidigung „jener abendlichen Werte“ befasst, die als noch verblieben sind. Die Teilnehmer hätten ferner den Ratschlag, die „Amerikanisierung und Sowjetisierung Europas“ zu verhindern. In einer Resolution seien die „Befreiung Palästinas“ und die „Befreiung von Rudolf Hess“ aus dem Kriegsverbrechergefängnis von Berlin-Spandau gefordert worden. Die Bewegung sei jedoch gegen Gewaltanwendung bei der Verfolgung ihrer Ziele.

ATHEN WEIST NEOFASCHISTEN AUS

Zwei in Athen lebende, in ihrer Heimat politisch gesuchte italienische Neofaschisten sind zum Verlassen Griechenlands aufgefordert worden, gab der Minister für öffentliche Ordnung, Solon Ghikas, in Athen bekannt. Ob die beiden nach Italien abgeschoben werden, ging aus der Mitteilung nicht hervor. Der 33-jährige Elio Massagrande ist in Italien wegen verbotenen Waffen- und Sprengstoffbesitzes in Abwesenheit zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der 34-jährige Claudio Bizzari wird beschuldigt, Angehöriger der verbotenen neofaschistischen Gruppe „Ordine Nuovo“ zu sein.

Nach Informationen der griechischen Presse hatten sich die beiden Italiener während der Diktatur in Griechenland niedergelassen. In den letzten Wochen waren in Griechenland Flugblätter und Plakate an Hauswänden mit dem Zeichen der Neofaschisten aufgetaucht. Erst in der Nacht zum Montag explodierte ein Sprengkörper in Saloniki vor einem Cafe, wo viele Studenten verkehrten; vor dem Eingang wurden Flugblätter der „Ordine Nuovo“ gefunden.

In Italien hätte der jüngste Anschlag von Rechtsextremen am Montag in Mailand die Stadt vorübergehend lahmgelegt. Dieser Anschlag gilt als ein weiterer in der Serie, die von den Neofaschisten angekündigt worden war, falls nicht alle Rechtsextremisten aus den Gefängnissen entlassen werden.

Jüdisches LEBEN in unserer ZEIT

Sechste Plenartagung des Juedischen Weltkongresses

Konflikt um Dr. Goldmann

Von OBSERVER

Am 3. Februar wird in Jerusalem die sechste Plenartagung des Juedischen Weltkongresses zusammengetreten und wird eine Woche lang seine Beratungen abhalten. Schon die Einberufung dieser Plenartagung war von „schweren Gewittern“ begleitet. Ursprünglich hätte sie in Haag stattfinden sollen, aber die holländische Regierung hatte der Leitung des Weltkongresses einen Wink gegeben, dass Abhaltung einer solchen Konferenz heute in Holland nicht zweckmässig sei. Dr. Goldmann wollte daraufhin den Weltkongress in Miami versammeln, aber die Exekutive der Juedischen Organisation wählte sich entschieden gegen diesen Plan und forderte, dass die Plenartagung in Jerusalem zusammenzutreten müsste. Schließlich gab Dr. Goldmann nach, und der Kongress wird seine Beratungen in Jerusalem abhalten.

Trotz vieler Tagungsordnungspläne wird das Problem der weiteren Amtsführung Dr. Goldmanns im Vordergrund stehen. Die israelischen Delegierten mit Golda Meir an der Spitze sind entschlossen, an seinem Auftreten und an seiner „Einmischung“ in ausserpolitische Belange Israels scharfe Kritik zu üben. Von verschiedenen Seiten wird gefordert, dass Dr. Goldmann abtreten und durch Golda Meir oder Eban ersetzt werden soll. Beide haben erklärt, dass sie nicht kandidieren wollen, aber die Frage der Ablösung Dr. Goldmanns steht. In Kreisen der Arbeitspartei will man ihm trotz allem sein Amt belassen, weil die Führer der Arbeitspartei den Präsidentenposten nicht gern einem Israeli übergeben wollen.

Im Rahmen des Weltkongresses wird u. a. eine Debatte über die Haltung der UNESCO stattfinden, ferner ist ein Symposium über das Problem „Jerusalem und das jüdische Volk“ vorgesehen, das Mozes Schabbat, 8. Februar, im Jerusalemer Theater stattfinden wird. An der feierlichen Eröffnungssitzung des Kongresses (zu dem heute Verbände aus 65 Ländern gehören) werden Staatspräsident Prof. Katz und

viele andere Persönlichkeiten teilnehmen. Die Eröffnungsrede wird Dr. Nachum Goldmann halten.

Jenseits aller politischen Auseinandersetzungen besteht das eigentliche Problem des Weltkongresses in der völligen Überalterung der leitenden Körperschaften. Während in United Jewish Appeal und der Zionischen Organisation jüngere Kräfte herangezogen wurden, wird der Weltkongress nach völlig von der „alten Garde“ beherrscht. Der Altersdurchschnitt bei seinen Tagungen ist weit höher als bei anderen jüdischen Konferenzen. Der Kongress wird weniger populär werden und mehr Durchschlagskraft gewinnen, wenn er eine weitreichende Verjüngung seiner führenden Körperschaften vornimmt.

ALTERSHEIMSKANDAL GREIFT UM SICH

Der Skandal um die Führung von Altersheimen in New York beschränkt sich nicht nur auf die von Rabbi Bergmann geleiteten Heime, über dessen Affäre wir bereits berichtet haben. Eine amtliche Untersuchung beschäftigt sich mit dem Verdacht von unrechtmässiger Inanspruchnahme von Medicaid-Zuwendungen d. h. praktisch von staatlichen Krankenzuschüssen für Alte. So soll festgestellt worden sein, dass bei vier Heimen (im Besitz von Eugene Holander) erhebliche Summen für private wohltätige Zwecke unter der Rubrik der von „Medicaid“ einkassierbaren Spenden gebucht wurden.

Ein Betrag von 12.000.000 Dollar soll an die unter Leitung von Rabbi Bernard Twersky stehende Public Relations-Firma Twersky Associated abgeführt worden sein. Dieses Geld verlangte das Heim als „Anwaltskosten“ von dort.

2,5 MILLIARDEN IL — UND DOCH KEIN GROSSER EXPORT

Von E. JACOB

Die Regierung hat die Exportbeihilfen um 34 Prozent pro Dollar erhöht. Sie werden damit um 4,5% geteigert und nach Meinung von Handels- und Industrie-Minister Barlev ist der Export um insgesamt 10% „rentabler“ seit der Abwertung der Währung. Wir führen Waren in Höhe von Milliarden Dollar aus, aber die Regierung hat dies nur zustande bringen können, indem sie 2,5 Milliarden Subventionen für die Ausfuhr bezahlt hat, ausserdem bekommen die Exporteure noch 1360 Millionen Kredite zu besonders günstigen Bedingungen.

Handels- und Industrie-Minister Barlev erwartet, dass durch den neuen Zuschuss der Export wesentlich erhöht wird, aber die Industrien haben schon ihre Zweifel angemeldet. Ihnen ist die Steigerung um 34 Prozent zu gering, und sie haben schon vorausgesagt, dass mit dieser Erhöhung noch kein „Durchbruch“ in der Ausfuhr zu erwarten ist. Eine Änderung wird nur eintreten, wenn im Lande durch erhebliche Steigerung der Produktivität eine weitere Verbilligung der Erzeugung erreicht werden kann. Erfreulicherweise bricht sich diese Erkenntnis auch im Rahmen der Histadrut Bahn. Einer der Angehörigen des geschäftsführenden Ausschusses der Histadrut, Gideon Ben Jisrael, erklärte kürzlich in drastischen Worten: „In Israel kann man keinen amerikanischen Lebensstandard sichern, während zugleich das Produktionsniveau sich auf der Basis v. Albanien bewegt.“ Bei einer anderen Gelegenheit hatte Ben Jisrael ausgeführt: „Arbeiter, die faul und nachlässig sind, dürfen keinen gewerkschaftlichen Schutz erhalten.“

Nach Meinung von Ben Jisrael muss durch eine Kombination von Steigerung der Produktivität und Reform der Steuern (Herabsetzung der hohen Steuerstufen) die Möglichkeit gefunden werden, hier im Lande selbst die Voraussetzungen für eine Produktionsverbesserung zu finden. Diese Aufgabe müssten sich nunmehr Regierung, Industrie und Histadrut gemeinsam widmen.



Jeden Samstagabend

ABENDESSEN EXQUISITE SPEZIALITÄTEN

TANZMUSIK mit dem bekannten Künstler

FRED PELZ und seinem unterhaltsamen ORCHESTER

im RONDO dem gepflegten RESTAURANT

des DAN CARMEL AUF DEM CARMEL, HAIFA



KUPAT GHOLIM MACCABI

TEL AVIV, BALFOUR Str. 10

SUCHT PER SORFORT

INKASSENTEN

- Gymnastikbildung,
 - nach Beendigung der Militärdienstes,
 - Beherrschung der hebräischen Sprache,
 - Kenntnis anderer Sprachen, (Jahress-Erfahrung erwünscht),
 - eigene Fahrzeug.
- Arbeitsplatz: Tel. Aviv und Umgebung. Bemerkung: der Posten lässt keine zusätzliche Erwerbstätigkeit zu. Handschriftliche Bewerbungen mit Angabe von curriculum vitae und Arbeitsverfahrungen sind an P.O.B. 4026, Tel. Aviv 61 040, Personalabteilung, bis zum 26.1.75 zu richten. Bewerbungen, die die gewünschten Angaben nicht enthalten, können nicht berücksichtigt werden.

SP

kleine ANZEIGEN

מדינת ישראל

neues AUS DER WIEDERGUTMACHTUNG

Geheimverhandlungen über Wiedergutmachung

Durch die Presse ging eine kurze Agenturmeldung, dass in Deutschland Pläne für eine Abschlussregelung für die Wiedergutmachung vorbereitet werden. Nach der Nachricht will die Bundesregierung für einen „Abschlussfonds“ insgesamt 600 Mio. DM zur Verfügung stellen. Hinter dieser kurzen Nachricht verbirgt sich ein lauges schwieriges Ringen, an dem vor allem Dr. Nachum Goldmann im Auftrag der Claims Conference beteiligt war. Seit Jahren hatte Dr. Goldmann Gespräche mit dem früheren Bundeskanzler Brandt geführt, die jedoch kein Ergebnis zeitigten. Der Komplex ging auf den heutigen Bundeskanzler Schmidt über, und die drei grossen Parteien in Deutschland einigten sich darauf, dass die Wiedergutmachung als „besonders schwieriges“ Thema Sache des Bundeskanzlers persönlich sein solle.

Helmuth Schmidt hatte, wie jetzt bekannt wird, im Herbst 1970 den früheren Bundesfinanzminister Alex Müller beauftragt mit Dr. Goldmann Geheimverhandlungen zu führen, die anscheinend mehr oder weniger zum Abschluss gekommen sind. Aus einem Schlussfond sollen die Forderungen derjenigen Juden berücksichtigt werden, die erst nach 1965 aus dem Westen gekommen sind, ferner sollen Härtefälle in Erwägung gezogen werden. Dr. Goldmann hatte zuerst eine Milliarde DM verlangt, jetzt heisst es, dass die Bundesregierung 540 Millionen DM an die Claims Conference überweisen soll, die die alleinige Verantwortung für die Verteilung der Gelder übernehmen würde. Die Bundesregierung würde sich aus diesem Spiel herausziehen.

Aus einem FAZ-Bericht ergibt sich, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland Einspruch dagegen eingelegt hat, dass die Bonner Regierung nur mit Dr. Goldmann verhandelt und nicht die Hauptorganisation der Juden Deutschlands herangezogen hat. Inzwischen hat Bundeskanzler Schmidt den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden Deutschlands Nachmann empfangen, und nach einer Versinnung soll er ihm zugesagt haben, dass die Bundesregierung nicht ohne Befragung des Zentralrates vor sich gehen soll. Im übrigen hätte der Zentralrat bei der ganzen Sache praktisch nur eine ganz geringe Rolle zu spielen, da die Mittel zum allergrössten Teil für Juden ausserhalb Deutschlands bestimmt sind. 60 Millionen DM sollen an nichtjüdische Nazioptionen gezahlt werden, wobei die Gesamtsumme von 600 Mio. DM herauskommen würde.

In der vorigen Woche hatte Bundeskanzler Schmidt Besprechungen mit den Fraktionsführern der drei Bundestagsparteien, um eine einheitliche Front bei der Vereinbarung über die Schlussregelung zu sichern. Auch in der Vergangenheit hatte die Bundesregierung immer Wert darauf gelegt, dass Wiedergutmachung einstimmig und jenseits des Parteienstreits erledigt werden soll.

Über die Verwendungspläne seitens der Claims Conference bestehen noch keine Klarheit. Über den ganzen Komplex wird, aus eigentümlich kaum verständlichen Gründen, völliges Stillschweigen bewahrt. Nach Berichten aus Deutschland soll für den Fonds der Claims Conference ein Kontrollrat gebildet werden, dem auch bekannte deutsche Persönlichkeiten angehören sollen. In Kürze dürfte die Grundlinie der Vereinbarung über die Schluss-Wiedergutmachung veröffentlicht werden.

ABLEHNENDE DEUTSCHE HALTUNG GEGENÜBER VERFOLGTEN

Der deutsche Bundesfinanzminister hat auf eine Anfrage des bayerischen Abgeordneten Dr. Schöffberger (SPD) im Bundestag, die nach einer Konferenz der Verfolgten in München gestellt wurde, sich zu weiteren Entschädigungsforderungen der Verfolgten des Naziregimes ziemlich negativ geäußert.

Die Anfrage von MdB Dr. Schöffberger lautete: „Teilt die Bundesregierung, die in einer Entschliessung der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen vertretenen Auffassung, dass Personen, die dem NS-Unrechtsstat bis zum letzten Tage gedient haben, durch Posten und Pensionen grosszügig unterstützt werden, während Verfolgte und deren Hinterbliebene zum Teil in bitterer Not leben“, und das die Lage vieler NS-Opfer, die Wiedergutmachungsansprüche besitzen, in vielen Fällen beklagenswert und zum Teil skandalös sei, und ist es „eine unhaltbare Diskriminierung, dass für die Wiedergutmachung schon vor Jahren ein Schlussgesetz erlassen wurde, wie es für alle anderen Gruppen von Entschädigungsberechtigten nicht bestche?“

Der Parlamentarische Staatssekretär Häfner antwortete auf diese Anfrage: „Die Bundesregierung teilt die in der Entschliessung der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen zum Ausdruck gekommene Auffassung über Art und Umfang der Entschädigung von Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung nicht. Die Gesamtaufwendungen für den genannten Personenkreis werden voraussichtlich rd. 90 Milliarden DM betragen. Hiervon sind rd. 51 Milliarden DM bereits gezahlt. Diese Leistungen konnten bisher nur aufgebracht werden, weil der Entschädigung der NS-Opfer von Anfang an der Vorrang vor anderen wichtigen sozialpolitischen und der Zukunftssicherung dienenden Aufgaben gegeben wurde.“

Das von Ihnen, Herr Kollege Schöffberger, angesprochene Bundesentschädigungsgesetz vom 14. September 1965 brachte erhebliche Verbesserungen der Entschädigungsleistungen auch durch Ausweitung des berechtigten Personenkreises mit einem finanziellen Volumen von rd. 6 Milliarden DM.

Um die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland nicht in unübersehbarer Weise anzuwachsen zu lassen, war im

(Fortsetzung auf S. 5)

(Fortsetzung auf S. 5)

Zucker-Weltmarkt - eine bittere Sache

Als vor nunmehr zwölf Jahren die USA ihr Abnahmemonopol gegen Kuba beschloss, gerieten die Weltmärkte für Zucker in Aufruhr. Der Import aus der 1963 von Amerika ausging, dessen übliche Versorgung durch den Anfall grosser Mengen kubanischen Zuckerrohrs problematisch wurde, zog die Weltmarktpreise für Zucker in einer steilen Kurve nach oben. Kubas Zucker war in diesem Jahr vom Markt verschwunden. Castro hatte seine Zuckermengen in die UdSSR transferiert. Als jedoch Ende 1964 die Russen begannen, den Importzucker zu reexportieren, setzte prompt ein Preisverfall an den internationalen Börsen ein.

Eine Zuckerkrise, mit politischem Ursprung, also. Derartige Erschütterungen der Zuckermarkte mussten die Börsen auch im Gefolge der Korea- sowie der Suezkrise hinnehmen, dennoch gab es in der Frage der internationalen Zuckerversorgung bis zum Jahr 1970 keine echten Mengen-, sondern höchstens vorübergehende Verteilungsprobleme. 1970 aber änderte sich die Situation schlagartig: Während bis zu den siebziger Jahren weltweit jährlich mehrere Millionen Zentner mehr produziert als verbraucht wurden, sinkt seit der Produktion permanent hinter der Nachfrage her.

Heute sind die Weltmärkte leerer und die Lagerbestände auf ein Minimum zusammengeschrumpft. In England etwa, dessen problemlose und billige Zuckerversorgung aus den Ländern des Commonwealth längst der Vergangenheit angehört,

hamstern Kaffeehausgäste Würfelzucker. Viele Supermärkte beschränken den Zuckerverkauf auf zehn Minuten zu jeder vollen Stunde, wo sich dann britische Hausfrauen mit ihren Konkurrentinnen um den begehrten Süsstoff duellieren. Die Norweger wiederum, die ihren Zucker teurer als d. preisstützungsbedürftigen Schweden erstehen müssen, sind auf ihre schwedischen Nachbarn böse, weil sie ihnen die Tür vor der Nase zuschlagen und die Ausfuhr pro Kopf streng kontrollieren.

Die EG-Kommission schliesslich empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Möglichkeit einer Änderung ihrer Rechtsvorschriften zu prüfen, um die Verwendung von Sacharin und anderen Süsstoffen für zulässig zu erklären. „Wie überhaupt die Süsstoffherzeuger sich angesichts der Misere ihrer grossen Konkurrenten vernünftigerweise lachen und die besten Geschäfte seit langem erzielen: Zucker macht dick und ist auch noch teuer — was will ein Sacharinproduzent mehr?“

Was aber waren die Ursachen für das weltweite Debakel? Eierschis hatte d. an den internationalen Börsen jahrelang völlig dämmernde Zuckerpreise den Anbau von Zuckerrohr oder -rübe, beziehungsweise die Zuckerproduktion nicht gerade stimuliert. Unter mittelalterlichen Bedingungen schneiden in den traditionellen und grössten Zuckerrohranbaubereichen der Welt im karibischen Raum, die sogenannten Machteros des Zuckerrohrs für die Ernte. Sie arbeiten nach archaischen Methoden und gehören sozial zur untersten

Schicht der Bevölkerung, — wurde doch ihre Arbeit früher von Sklaven verrichtet. Immer weniger Eingeborene sind daher heute bereit, als Machteros auf die Felder zu gehen.

Aus dem immer grösseren Arbeitskräftemangel aber ergibt sich ein verstärkter Zwang zur Mechanisierung, zum Einsatz von rationellen, aber eben auch ausserordentlich kapitalintensiven Erntemaschinen, deren Anschaffung bei den niedrigen Weltmarktpreisen der sechziger Jahre nicht rentabel war. Die tief „im Keller“ eingefrorenen Notierungen dieser Zeit hielten auch die Zuckererzeuger davon ab, Geld in Form von Investitionen in ihre alten Raffinerien zu stecken.

Heute aber, könnte man einwenden, wo die Börsen für die Zuckererzeuger interessante Kursnotierungen zeigen, wäre ein Engagement im internationalen Zuckermarkt eine reizvolle Sache.

Doch Zucker ist auch gegenwärtig noch ein recht riskantes Geschäft. So sind zwar die Zuckerpreise im Vorjahr um rund 500 Prozent angestiegen, innerhalb von wenigen Wochen allerdings auch um fast die Hälfte wieder gesunken. Bei der enormen Geldsumme, die für die Errichtung der weltweit benötigten Zuckerfabriken bereitgestellt werden müsste, sind derartige Schwankungen naturgemäss ein arges Hemmnis. Wie diese Gelder aufgebracht werden sollen, steht derzeit noch in den Sternen. Zwar zeichnet sich ein stärkeres Engagement von internationalen Finanzinstituten wie etwa der Weltbank ab, aber die

se Mittel sind ungenügend, ausländische Investoren scheuen in den letzten Jahren immer mehr das politische Risiko, mit Geldanlagen dieser Grösse in so manchem Entwicklungsland verbunden ist. All dem steht ein rapid ansteigender Zuckerbedarf gegenüber, der einkommensstark gerade an jenem Punkt gelangt ist, wo die Bevölkerung finanziell in der Lage ist, den Bedarf an Grundnahrungsmitteln zu decken.

Über den freien internationalen Handel läuft freilich rund ein Viertel des Weltbrauchs an Zucker. Der Rest zu staatlich gesteuerten Preisen den einzelnen Ländern zum Konsum bestimmt, wird in freien Abnahmestufen — laut internationaler Abkommen — rekrutiert. Die hohen Preise haben zwar zwischen in vielen Ländern Erzeuger stimuliert, die Produktion auszuweiten. Aber freistens 1976 wird sich das grössere Ernterückgang bemerkbar machen.

Liselotte Pa...

Das Tel-Aviv Kino „G... das in der vorigen Woche... Veranlassung der Polizei und Tel-Aviv Stadverwaltungsamt Freitagabend nicht gescheit... hat angekündigt, dass es... diesem Freitagabend wie... wöchentlich spielen und von 2... 24.00 Uhr Filme auffüh... Die Gebühren für Wasser... schiffe und Wasserwerken in... Aviv werden um 60% er... werden.

LILLI PALMER
Dicke Lilli-
gutes Kind

© Brunner Knauer Verlag Schoeller & Co. Zürich 1974

71.

CARLOS

Das Haus in Santa Monica lag direkt am Strand, vom Meeressand umspült, manchmal auch vom Meeressand. Alles war klein an diesem Haus: die Zimmer, die Möbel, der Garten, als wäre es für Zwerglebewesen gewesen. In Wirklichkeit war es vor vielen Jahren von der Multimillionärin Barbara Hutton gebaut worden, eigens für ihre Flitterwochen mit dem einzigen ihrer vielen Ehemänner, der sich ohne jede Abfindung von ihr getrennt hat: Cary Grant. Sie bestellte vom Architekten wenige und enge Räume statt der offenen, weiten Paläste, die sie bisher immer bewohnt hatte. Vielleicht wollte sie alles so klein haben, um sich in ihr Glück zu verkapseln. Es half auch nichts. Cary zog aus.

Wollte man sich anstrengen, musste man ins Freie treten, am besten durch die winzige Gartentür — der Garten bestand nur aus Sand und zwei Kakteen —, die zum Meer führte. Dort wartete ich ganz früh vor der Abfahrt ins Studio und abends nach Drehschluss auf dem nassen Sand entlang zwischen den eilig hin und her laufenden, wippenden Strandvögeln. Einen Kilometer nach rechts und einen nach links, und dabei tief atmend, wie mein Vater es dringend angeraten hatte. Er selbst hatte täglich im Grünwald tief geatmet, wenn er mit meiner Mutter „um's Eck“ gegangen war, hatte nicht geraucht, nicht getrunken — und war innerhalb von fünf Minuten ohne jeden Widerstand gestorben. Mit 57 Jahren. Daran dachte ich, während ich wartete. Wenn ich ihn jetzt aufwecken könnte — er war beinahe seit zwanzig Jahren tot —, was hätte er wohl zu uns gesagt, er, der ausser Latein und Griechisch nur Deutsch gesprochen, nur Deutsch geliebt, alles nur aus der deutschen Perspektive gesehen hatte? Meine Mutter lebte seit vielen Jahren in England, dort war sie jetzt „zu Hause“, meine Schwestern waren mit Engländern und mit Amerikanern verheiratet — er hätte jetzt sieben Enkelkinder gehabt, von denen keines auch nur ein Wort Deutsch sprach. Er hätte sich nicht mit ihnen unterhalten können.

Der Strand war um die frühe Morgenstunde und dann wieder in der Dämmerung wie ausgestorben. Nur die Vögel liefen eilig umher. Tausende, in allen

Grössen, ein Wunder, dass ich nicht auf einen trat. Was hätte er wohl zu mir gesagt, wenn er mich so gesehen hätte, wie ich da allein, statt an der Ostsee, am Stillen Ozean auf dem Gesundheitsspaizgang marschierte und Bilanz machte, wie er das auch so gern getan hatte. „Siehst du, mein Fräulein“, hätte er gesagt, „Medizinerin hättest du werden sollen — wissenschaftlich arbeiten, das ist das einzig wirklich Befriedigende, das einzig Bleibende, das Unabhängig-machende. Dass du kämpfen musst, ist gut für dich. Aber dass du täglich neu erobern musst, was nicht in deiner Macht steht, das ist kein Kampf, der sich lohnt.“

Lohnt es sich? Die Frage stellte sich jetzt häufiger. Wahrscheinlich, weil ich nun endlich, endlich den heissersehnten Erfolg gehabt hatte. Ich hatte ihn gehabt. Das konnte mir keiner streitig machen. Immerhin etwas. Aber ich besass ihn nicht. Erfolg ist kein Besitztum.

Was sich ganz sicher lohnte, war meine wachsende Sicherheit, hellhöriges Ohr (endlich) und unabhängige, kritische Einstellung. Relativ unabhängig, hätte mein Vater gesagt und gelächelt. Relativ oder absolut — jeden Morgen im Studio musste ich „liefern“ nach eigenem Ermessen, es gab keine Zeit für „Aha!“ und „Ansprobieren“. Rex und ich waren die einzigen Schauspieler in diesem Film, es gab weder Charakter- noch Nebenrollen. Nicht einmal ein Hund bellte im Hintergrund. Der Drehplan erlaubte uns 21 Tage Dreizeit, genau die Hälfte der üblichen. Man erwartete, dass wir aufeinander eingespielt waren und nicht erst vorsichtig proben und versuchen mussten, zueinander zu finden, um endlich miteinander spielen zu können. Der Produzent hatte sich zwar entschlossen, die beiden Parias den heiligen Hollywood-Hallen aufzuzwingen, aber das sollte kurz und schmerzlos vor sich gehen, ohne viel Aufhebens — und ohne viel Geld.

Genau das geschah dann auch. Wir waren (verhältnismässig) billig und machten uns in keiner Weise aus. Die Kollegen waren selbstverständlich zur Stelle, luden uns ein wie früher, taten, als sei nie etwas geschehen, erwähnten es nie. Schauspieler lassen sich nicht so schnell beirren, sind rein berufsbedingt liberaler, sind beinahe niemals blinde Anhänger oder gar Anführer einer Hexenjagd. Sie machen mit, wenn sie müssen, wenn es um ihre Existenz geht, aber nur ungern. Die ganz wenigen, die aus Überzeugung verfolgen, zählen nicht.

Wir glaubten ihnen gerne, dass sie mit echtem Vergnügen die „Annoncen“ in „Variety“ und „Hollywood Reporter“ gesehen hatten. Und natürlich auch das Titelblatt der Zeitschrift „Life“, den amerikanischen Adelsbrief. „Life“ hatte ein Doppelporträt von uns gebracht. (Nicht ohne Schwierigkeiten. Wir hatten beide die gleiche „Schokoladenseite“ — links — und keiner wollte sich bei dieser stolzen Gelegenheit von der schlechten Seite zeigen. Resultat: eine Medaillonanfertigung von zwei linken Profilen.)

Nicht nur die Kollegen, auch die Produzenten begannen sich für uns zu interessieren, die früheren telegraphischen Einladungen kamen wieder ins Haus. Nur für die Presse waren wir nach wie vor Luft

Das sollte sich erst einige Jahre später ändern — dann radikal —, als Rex mit My Fair Lady den Erfolg der Generation davonstrich. Als er noch allem Übel den „Oscar“ gewann, konnten ihn die Fachzeitschriften, wollten sie wirklich Fachzeitschriften heissen, nicht ignorieren, ohne sich lächerlich zu machen. Sie kapitulierten.

Hollywood gab nur noch selten Monsterpartys. Die Partybesessenheit hatte stark nachgelassen. Der Fernseher drohte, wenn auch noch in der Ferne den Filmlebensfaden abzuschneiden, die Steuern waren ernst zu nehmen, Abendkleider kosteten ein Sündengeld. Der einzige traditionelle Hollywood Empfang, zu dem wir eingeladen waren, sollte Jack Warners Haus stattfinden. Jack Warner, mein früherer Studio-Boss, gab ein Fest, steuerabzüglich. Ehren von Charles de Gaulles Bruder Pierre. Als wir uns eines Samstagabends auf den langen Weg von Santa Monica nach Beverly Hills machte, hatte ich, als ich in den Wagen stieg, keinerlei Vorahnung, keine einzige „innere“ Stimme sprach zu mir. Was mich betraf, so würde dieser Abend wie alle anderen, ein langer werden, wir würden rund hundert der wohlbekannten und vielleicht ein Dutzend unbekannte Gesichter hegrüssen. Ich würde meinen alten Kampf mit meiner Schlafmütze aufsetzen und meinen einzigen Gin-Tonic sorgfältig gegen Übergriffe von seiten pflichtbewusster, nachsichtender dienstbarer Geister schützen. Wahrscheinlich würde ich wieder irgendwo ein stilles So finden. J. W.'s Haus war gross genug.

Etwa um die gleiche Zeit fuhr ein junger Mann in Topanga Canyon los, ganz nah an unserem Haus in Santa Monica, um sich ebenfalls zu Pierre Gaulles Empfang zu begeben. Nach Hollywood Branch hatte er erst angefragt, ob er jemanden zu Party begleiten solle. („Jemand“ hiess: eine einzelne Dame.) Er war Junggeselle, einer der wenigen, in deren gewohnt, dass man ihn gern für solche Zwecke einspannte. Ihm war das recht. Die Damen waren immer hübsch. Diesmal aber hiess es, nein, kommen Sie bitte allein. Auch das war ihm recht. Er war ganz allein und fest entschlossen, es ein Leben lang zu bleiben. Er war unabhängig, kam und ging wann er wollte, wurde nichts gefragt, war niemandem Antwort schuldig.

Als er gen Beverly Hills rollte, meldete sich an bei ihm kein sechster Sinn, keine Intuition, kein Vorgefühl. Vor ihm lag ein Abend der reichen Auswahl. Allein würde er ganz sicher nicht nach Hause fahren.

Jack Warners Haus war ein Palast, von einstandesgemässen tropischen Park umgeben. Detektiv im Smoking standen vor dem scheiternden beleuchteten Eingang, baten höflich um Einladungskarte, sahen einem schnell und kritisch ins Gesicht — und liessen passieren. Die Party fand „unten“ statt. I „Playroom“. Viele Hollywood-Villen haben einen solchen Raum im Untergeschoss, tagsüber der Fitnessstraining gewidmet, abends für Geselligkeit geeignet. In Warners Palast war der Playroom ein Ballsaal.

(Fortsetzung folgt)

Mira

Verfeller: Problem

Verfeller: Problem

Verfeller: Problem

Verfeller: Problem

RADIO FERNSEE

RADIO FERNSEE

Mira Auerch BERICHTET:

Rockefeller: Problem arabischer Gelder - in 3 Jahren gelöst

„Das arabische Ölge-
dächtnis David Rockefeller, ein
Bankier, dessen Imperium, die
„Chase Manhattan Bank“, einen
Umsatz von etwa zwanzig Mil-
liarden Dollar verbuchen konn-
te, noch bevor die raketent-
ragende hochschüssende Petro-
dollar-Investitionen eintrafen.
„Nein“, antwortete er auf meine
Frage, und füllte seinen Teller
mit Leber, Chazilim und allen
möglichen israelischen Salaten.
„Ich bin nicht davon über-
zeugt, dass das zu einer Beherr-
schung der Weltindustrie durch
die Araber führen wird. Das
Problem wird erst in vier Jahre
auftreten, und in dieser Zeit
werden die Gelder in der Indus-
trie angelegt werden. Danach
wird das Problem gelöst sein.“
„Geld? Wieso? Ist damit ge-
meint, dass man an Nationali-
sierungen scheitern wird? Darauf
bleibt der jüngste der Rockefeller-
kinder, der in den besten Schulen
der Welt erzogen wurde und mit
diplomatischen Instinkten begabt
ist, die Antwort schuldig. Er
füllte sich ein Glas mit Wein,
und lenkte ab. „Versie-
hen Sie mich recht, die Finanz-
systeme und auch die grossen
Banken der Welt können nicht
mehr mit der Aufnahme der Mil-
liarden Petrodollars fertigwer-
den. Daher braucht die Welt
neue, ausgeklügelte Pläne, um
mit den Geldüberschüssen der
Araber zu Rande zu kommen.“

Wenn der Gastgeber Jerusa-
lems Bürgermeister Teddy Kollek
ist, dann geht es immer
wirdig zu, in einer kultivierten
Atmosphäre, aber informell und
warm. An sechs kleinen Tischen
sassen etwa dreissig Gäste, un-
ter Originalen von Van
Gogh und Utrillo, im Klub „Ma-
nus Israel“. Teddy sorgte dafür,
dass durch eine Art „musi-
kalischer Stühle“-Spiel — jeder

Gast einmal die Gesellschaft je-
des anderen genossen konnte,
einschliesslich des Ehrengastes,
„Sofort ich in die Hände klats-
che“, verkündete Kollek. „Ich
kenne Sie alle.“ „Und wären Sie einverstan-
den, auch Kollek anderthalb Jah-
re zu widmen?“ fragte ich den
Gast.

„Neben Kollek arbeiten? O,
nein. Mit ihm und seinem Tem-
po würde ich nicht Schritt hal-
ten können; bei seiner Energie
und Dynamik Nein, an seiner
Seite wäre ich einfach er-
stigt.“

NORLESSE OBLIGE

„Sicher ist es heute schwer, Ge-
neralsmannsamt zu sein“, stiel-
te David Rockefeller fest, als
er bei Teddy Kollek mit Mei-
Schamgar zusammentraf. „In ei-
ner Welt, die so sehr von der
Rechtsnorm und Moral ab-
weicht, besonders bei uns in
den USA, erscheint das eine
fast unmögliche Aufgabe. Und
wie ist die Lage bei Euch in
Israel?“

„Ein bisschen schwierig“, an-
wortete ausweichend der Justiz-
minister der Regierung. „Erst
nachher murmelt er in Rich-
tung einiger israelischer Gäste:
„Wenn er wüsste, wie recht er
hat...“

SELTSAME KOMBINATION

Auch den Ministerpräsidenten
Jehochab Rabin und den Finanz-
minister Jehochab Rabin wun-
derbar David Rockefeller ein-
gemessen in Verlegenheit. Das
geschah, als er jedem von ihnen
separat erklärte, wie sehr ihn
das „wunderbare Museum“ —
das „neue Museum des Islam in
Jerusalem“, begeistert habe.
Erst nachher dämmerte ihm
auf, dass weder der Minister-
präsident noch der Finanzmin-
ister dieses Museum von innen
kannte. Die beiden wussten

überhaupt nicht, wovon der Gast
so sehr schwärmte...
Als einer der Begleiter Rocke-
fellers dem Ministerpräsidenten
erklärte, dass es sich um ein
ganz neues Museum handelt, das
an der Ecke der Jabotinsky-
und Palmachstrasse liegt, ent-
schliefen Rabin die Worte:
„Palmach und Jabotinsky? Das
ist eine unmögliche Kombina-
tion...“ (Vielleicht eine Ent-
schuldigung für die Uninformiertheit? Anm. d. Übers.)

„Sie fahren doch jetzt zum
Kölog Feist“, wandte Kollek
sich an seinen Gast. „Erzählen
Sie ihm doch bitte, dass die
El-Aksa-Moschee keineswegs
eingestürzt ist! Und dass die
Ausgrabungen auch viele für die
Geschichte des Islam bedeuten-
de Einzelheiten zu Tage fördern
werden...“



Ministerpräsident
Jehochab Rabin:
Islam-Museum — Yok...

IM GEISTE
DER KO-EXISTENZ

David Rockefeller und seine
Begleiter genossen bei dem Fest-
bankett nicht nur gute Speisen.
Das gesellschaftliche Ereignis
war auch ein Beweis für den
Erfolg der Bemühungen des
Bürgermeisters um die „Ko-Exis-
tenz“ der Religionen, Nationali-
täten und Ansichten, die er
alle auf ihre Weise respektiert.
In gehobener Stimmung speisten
hier miteinander und nebeneinan-
der der anglikanische Erzbi-
schof von London und das griechisch-orthodoxe wie armenische
Kirchenoberhaupt; der Vertre-
ter des Papstes sass neben dem
Bürgermeister von Bet-Jalla, und
der Bürgermeister von Bechle-
hem neben dem Leiter der Parla-
mentskommission für Auswä-



MdK Jehochab Navon
Ko-Existenz mit Bekehrtem
Bürgermeister

tige und Sicherheitsfragen MdK
Jehochab Navon — beide ins Ge-
spräch verfiel.

„Ich besuchte Israel zum
ersten Male im Jahre 1929, als
mein Vater beschloss, hier das
„Rockefeller-Museum“ zu er-
bauen“, erzählte uns der jün-
gste Rockefeller, erwirrt und
gut gelangt vom israelischen
Wein. „Ich war damals 13 Jahre
alt, und meine Eltern nahmen
mich mit auf eine Reise durch
den Nahen Osten. Sechs Wochen
lang führten wir auf dem Nil.
Wir besuchten alle Sehenswür-
digkeiten, alle Moscheen.“

Das war noch vor dem Dö-
sen-Zeitalter. „Ihr Vater würde
nicht glauben, dass man heute
16 Länder in der gleichen Zahl
von Stunden überfliegen kann,
die man damals für den Besuch
einer einzigen Moschee aufwan-
den“, stellte Teddy Kollek fest.
Die Bemerkung fiel auch ei-

Es war Tschu En-Lai.
(Übers. d. Hebr. v. A.S.)

WOHIN GEHT MAN?

WOHIN SIE auch immer
gehen, verlangen Sie überall
T E K A & F F E L E. Er ist
der Beste.

DAS WORT HAT der Leser

WEITERE GEBURTSTAGS-GLOCKWUNSCH FÜR IN

Es ist mir ein Bedürfnis Ihnen die „Jedioth Chadasch“. Das
zu schreiben, wie sehr ich von
Ihrer wunderbaren Zeitung be-
geistert bin. Insbesondere die
Freitag-Ausgabe und der Roman
sind Dinge, die ich hier nicht
mehr müssig möchte. Der Ro-
man von Lilli Palmer ist eine
wahrhaft erhellende Lektüre, viel
angenehmer als die „Akte Odes-
sa“, aber ich verstehe, dass man
für jeden etwas bringen muss.
Rudolf Redlich
Rischon Lezion

Ich möchte Ihnen sagen, dass
die Israel Nachrichten weit bes-
ser sind als ihre Vorgängerin.
Erwin Gran
Tel Aviv

WIEDERGUTMACHTUNG

(Schluss von S. 4)
Rahmen der mit den Verfolgten
verbunden vereinbarten Ab-
schlussregelung eine endgültige
Befristung der Anmeldepflicht
von Entschädigungsansprüchen
zum 31. Dezember 1969
unumgänglich, zumal über ein
viertel Jahrhundert nach Ende
der NS-Gewaltherrschaft die
Feststellung von Verfolgungs-
sachverhalten immer problemati-
scher wird.
Wie schon in der Regie-
rungsentscheidung vom 17. Mai
1974 zum Ausdruck gebracht
wurde, betrachtet die Bundesre-
gierung die Gesetzgebung zur
Wiedergutmachung nationalso-
zialistischen Unrechts bis auf
evtl. geringe Korrekturen ins-
gesamt als abgeschlossen. Um den
Bereich der unvermeidlichen
Härten für den Personenkreis
der Verfolgten soweit wie mög-
lich zu begrenzen, werden die
Möglichkeiten der in der Re-
gierungsentscheidung angespro-
chen Korrekturen von der Bun-
desregierung unter allen in Be-
tracht kommenden Gesicht-
spunkten geprüft.
Nachbetrachtung: Als geringe
Korrektur sollen wohl die ge-
planten 600 Millionen DM an-
gesehen werden von denen 540
Mio. DM auf jüdische Verfolgte
entfallen würden.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Donnerstag, nichts bis 23 Uhr:
King George 72, Tel. 286740;
Kikar Hamedina, Tel. 258046;
Ramat Gan und Umgebung:
Arlossoff 81, Tel. 721489;
Bnei Brak: Rabi Akiba 110;
Petach Tikwa: Baron Hirsch 21;
Haifa und Umgebung:
Herzlia Sokolow 69;
Netania: Herzl 36, Tel. 22739;
Bat Jam: Ramat Josef;
Cholon: Sokolow 68;
Beer Scheva: KKL 108;
Haifa bis 22 Uhr: Atzmann 59;
Tel. 528855, Ab 21 Uhr:
MDA, Tel. 51223, Kirjat Eliezer;
Jerusalem 19.00—22.00 Uhr:
Jafa 36, Tel. 225059 Salah A-Din
Tel. 282196.

AERZTENDIENST
Dr. Hor Even, Epsteinstr. 5,
Tel. 443281.
Magen David Adom: Aerzte-
Nachtdienst T.-A., Tel. 614333,
oder 101 von 8 Uhr abends bis
7 Uhr morgens.
Kupat Cholim „Masada“

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV
ALLENBY: Walking Tall
BEN JEHUDA: Les Petroleuses
CHEN: Juggernaut
CINEMA ONE: The Taking of
Pelham — One, Two, Three
CINEMA TWO:
The Conversation
CINERAMA: Mister Majestyc
DEKEL: The Odessa File
ORFIVE-IN: 5.00 The Beggar
Prince:
7.15 La Planete Sauvage
9.15 Good Times Roll
ESTHER: The Klansman
GAT: Crazy Sex
GORDON: The Pedestrian
HOD: The Taking of Pelham
— One, Two, Three
LIMO: Un Amour de Pluie
MAXIM: The Seduction
MOGRABI: The Odessa File
OPHIR: The Man who loved
Cat Dancing
ORLY: A Warm December
PARIS: L'amour Papres midt
PEER: Lucky Man
STUDIO: Murder on the Orient
Express
ICHELET: Casablanca
TEL-AVIV: Paulo II Caldo
ZAPON: Stavisky
RAMAT GAN
KINO LILLY: 7.00 und 9.30
Steuth (S. Woche), Lawrence
Olivier, Michael Caine —
4.00 Uhr: Tazun and his Fate
JERUSALEM:
ARNON: Bring me the head
of Alfredo Garcia
CHEN: Martha
EDEN: Sniper against Sniper
EDISON: Dagdag Inne
HABIRAH: Thunderbolt and
Lightfoot
JERUSALEM: Cat Bellow
MITCHELL: Last Decameron
ORGIL: Le Distrait
ORION: Harrowhouse
ORNA: Death Wish
RON: I'll Cry Tomorrow
SEMDAR: The Godfather
RAFAEL:
AMPHITHEATRE: Tough Guys
ARMON: Badge 375
ATZMON: Deux Hommes Dans
La Ville
BEIT ROTHSCHILD: La Peau
et les Os
CHEN: Juggernaut
MIRON: The Conspiracy
MORIAN: The Last Chance
ORAH: The Vernal Sin
ORDAN: Quiet Flows the Don
ORION: Sensualita
ORLY: Avanti
PEER: Sleeper
RON: Lady Ice
SHAVIT: 3 Into 2 Won't Go

RADIO und FERNSEHEN

DONNERSTAG, 23.1.75

Nachrichten: jede Stunde.

Programme A:
6.10 Berühmte Künstler —
mit Janet Baker, Jose Iturbi,
Roder Shalpin, Yehudi Me-
nubin, Jean Martinon und an-
deren. 9.05 Operngänge; 10.05
Wiederholung der musikalischen
Sätze mit Schilomo Tikhon
(Fido), dem „Fidien-Esemble“
Lena, Jari Kless (Violine), Rot
Mame (Cembalo); AK und neu:
11.00 Vollständiges Hebräisch;
11.15 und 12.15 Programm für
Schüler; 11.35 und 12.05 Lied
und Chansons; 12.35 Margaret
Neuman (Klavier) spielt Sonate
von Mozart und Pastorale von
Prokofiev; 13.55 Mittagskonzert
der musikalischen Rätsel — Vi-
raldi, Bartok und Michael
Haydn; 14.10 Für Mutter und
Kind; 15.05 Radiowissen —
Kampfmittel und militärische
Doktrin; 15.30 Literatur für
Schüler und Lehrer der Mittel-
schulen; 15.50 Buchbesprechung;
16.10 Eine Minute Hebräisch;
16.11 Konzert des Jerusalemer
Symphonorchesters. STE-
REO — Wiederholung des Kon-
zerts vom Dienstag im Jerusa-
lemer Theaterraum — mit Sidney
Hart als Dirigent und Solist: „Ait
and new“, Bach, Händel, Schu-
bert, Balada, Barber; 18.05 Die
Woche in der Knesset; 18.30
Über Menschen und Zahlen;
18.55 Für den Landwirt; 19.25
Leichte Klassische Musik; 19.50
Rezitation aus der Bibel; 20.05
Radiophonischer Schwachwetter-
werb Israel; Norwegen; 20.07
„Hier Studio Nr. 1“ — musika-
lische Magazin (Edna Anati und
Schilomo Hodi); 21.00 Der Kom-
post-Karel Salomon, Gedächtnis-
programm ein Jahr nach seinem
Tode (Avi Channul); 22.05 Ma-
sada für die Familie (Ester
Rami); 23.05 „Neuze Klänge“

STEREO — von den Musik-

wochen der Internationalen Ge-
sellschaft für neue Musik, ge-
spielt vom Kammerorchester von
Radio Hilversum; 00.10 Ein kur-
zes Gedicht.

Programme B:

6.10 Morgengymnastik; 6.20
Musikalische Uhr; 6.59 Eine Mi-
nute Hebräisch; 7.35 Gesänge;
7.55 „Grünes Licht“; 8.15 Mor-
genprogramm; 10.05 Für die
Hausfrau; 12.05 im Arbeitsrhyth-
mus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05
Chansons und Neuigkeiten; 14.10
und 15.05 „Dir und mir“; 15.52
Jüdische Bräuche und Begriffe;
16.10 Eine Minute Hebräisch;
16.11 und 16.35 Chansons aus
aller Welt; 16.30 Rätselraten —
in Fortsetzungen — mit Schmuel
Rosen; 17.10 Radiospiel; 18.05
Orientalische Weisen; 18.45
Täglicher Sportbericht; 21.05
„Das ist Geschmackssache“ (Wie-
derholung); 22.05 Lieder der
Völker (Wiederholung); 23.05
und 00.10 „Unter uns“ — Ge-
spräche über Tagesprobleme im
Studio und per Telefon.

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten;
19.05 und 20.05 „Wer fürchtet
sich vor fortschrittlichem Pop?“

Mittelsender:

Nachrichten: jede Stunde;
6.05 und 7.05 Morgensänge;
8.05, 12.05, 17.05 und 00.05
Nachrichtenjournal; 9.05 Grü-
se mit einem Lied; 9.55 Pro-
gramm mit dem Fürsten Sew
Segal; 10.05 und 11.05 „Warum
und schmeckhaft“; 10.55 Pro-
gramm mit Uri Sela; 11.55 Kur-
ze klassische Geschichte; 12.25
Stern zur Mittagszeit — „Chica-
wall fünf null“; 12.55 Film Mi-
go — Trapper; 12.55 Film Mi-
go — Trapper; 13.05
unter mit Schaul Elber; 13.05
Das internationale Unterhal-
tungsprogramm des Mithras-
toda mit der Sängerin Odette und
soda für die Familie (Ester
Rami); 23.05 „Neuze Klänge“

Jagi: 14.05 und 15.05 „Zwei bis

vier“; 16.05 „Rufen Sie bitte an“
Die Mannschaft beantwortet Fra-
gen der Hörer; 17.40 Chansons;
18.05 Nachman Uriel in-
terview Gjalal Abu Tasma;
18.35, 19.05 und 20.05 Parade
hebräischer Chansons; 21.05 Dis-
kussion im Kram über die Deu-
tung; 22.05 und 23.05 „Gute
Nacht aus Jerusalem“ mit Mi-
cha Schagrir; 23.55 Mittags-
gespräch — Jehochab Livni: Po-
len wie ein „Sabra“ es sieht, des-
sen Vorfahren aus Polen stam-
men;

In der Nacht zwischen den
Nachrichtensendungen leichte
Musik, Lieder, Chansons.

Schweizerprogramm:

8.15 Mathematik; 9.05 Literatur
und Sprachunterricht; 9.25 Na-
turdokument/Physik; 10.00 Techno-
logie; 10.20 Rechnen; 10.45
Programm für die Kleinen; 13.00
französisch; 15.30 „Hebräisch-
Besman tow“, erstes Kapitel;
16.00 Englisch; 16.17 Geometrie;
16.34 „Waher und Comil am
Meeresstrand“ — Englisch für
Erwachsene; 17.00 Telenovela.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Zirkus;
17.40 Die Welt von Walt
Disney — „Auf der Suche nach
den Geheimnissen der Natur“;
18.30 bis 20.00 Programm und
Nachrichten in arabischer Spra-
che; 20.00 „Cass“ — Dokumentar-
film; 20.30 Mahat; 21.00 Di-
rektübertragung aus Madrid:
Basketball-Europacup — Rück-
spiel zwischen Real Ma-
drid und Makkabi Tel Aviv
(zweite Halbzeit); 21.30 „Be-
wall fünf null“; 21.30 „Ich werde
sie nochmals töten“; 22.20 Charlie
Chaplin, Filme aus den Jahren
1915-16; „The Pawn Shop“ (Die
Fingerringhand); 22.50 Tages-
schmidt, Nachrichten

ZWI RECHTER STEHT JETZT UNTER POLIZEILICHER ANKLAGE

Zuvor hatte der Rechtsbeistand der Regierung in einem Gutachten dargelegt, dass die Kontrollkommission der Histadrut die Nachprüfung unterbrochen hatte, um polizeiliche Ermittlungen zu ermöglichen. Zwei Rechner selbst hatte versichert, dass die Angelegenheit der „fiktiven Wechsel“ für Dr. Rosenbaum in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen abgewickelt wurde.

Finanzministerium beginnt mit Beratungen über Steuerreform

ist wiederum: darauf ankommt, dass fast 4-Milliarden Lit. aus dem Verkauf von indorsementierten Obligationen eingehen. Wichtiger erscheint es dem El-

Naphtha-Aktien

An der Tel-Aviv-Börse fielen gestern fast alle Aktien-Kurse, besonders aber diejenigen der Brennstoff-Gesellschaften. Als die Naphtha-Aktien, keine Käufer fanden, wollte die Börsenleitung den Verkäufer registrieren. Erst nach Aufhebung der Kursbegrenzung ging der Handel weiter, wobei die Naphtha-Aktien einen Kursverlust von 60 Punkten verzeichneten. Auch die Lapidot-

GOLDA MEIR: BIEFT POPULIER

Der „Dahaf“-Institut befragte 1237 Personen nach der „Persönlichkeit des Jahres“.

Auf dem Sektor der Sicherheitspolitik erlangte Verteidigungsminister Schimon Peres 33,8% der Stimmen. Mit Abstand folgen Scharon, Dayan und Rabin; 19,0% nannten keinen Kandidaten.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik erlangten Finanzminister Jechoschua Rabinowitz 19,1% und dessen Amtsvorgänger Pinchas Sapir 16,3%. Auch Barak und Sarbat erhielten einige Stimmen, aber 49,5% der Befragten wussten sich nicht zu entscheiden.

Auf politischem Gebiet sieht Ministerpräsident Jischak Rabin mit 17,8% an der Spitze. Ihm folgen Golda Meir, Begin, Peres, Schalomai Aloni und Prof. Kitzit; 37,6% beantworteten diese Frage nicht.

Als „Persönlichkeit des Jahres“ gilt Golda Meir; sie erhielt 18,8% der Stimmen und damit mehr als Rabin, Scharon, Peres, Begin und Dayan, während sich 33,6% nicht äusserten.

Im internationalen Bereich gilt Henry Kissinger als „Mann des Jahres“ mit 32% der Stimmen: Auch Nixon, Ford und Jackson galten vielen Befragten dieser Ehre würdig, doch nur unter 28,4% keinen Kandidaten.

„DAS FEDAYIN-KOMMANDO“

Der Rechtsberater der Regierung, Rechtsanwalt Mehl Schumacher, empfahl dem Wirtschaftsattaché der Knesset, die Akte „Autocars“ endgültig zu schließen.

Mit der Annahme dieser Empfehlung würden alle Ansiedlungen gegen den frillösen Generaldirektor Jizchak Schuminsky, der bereits gerichtlich freigesprochen wurde, fallen, einschließlich jener, die ihm betrügerische Geldgeschäfte und Dokumentenfälschung vorwerfen.

Die erste Ansiedlung betraf die Einfuhr von 216 „Leyland“-Lastwagen. Schuminsky hatte vom Verkehrsministerium die Festlegung des Verkaufspreises erbeten, hierbei aber nicht angegeben, dass die „Leyland“-Werke einen Rabatt von 25% gewährt hatten. Der Rechtsberater der Regierung ist davon überzeugt, dass Schuminsky in seinem Antrag den Netto-Preis angegeben hatte, der bereits um 25% niedrig lag.

Auch bezüglich eines Geschäftsabschlusses vom Monat März 1969 über die Lieferung von 2.084 Lastwagen und 100 Autobus-Fahrgestellen durch die „Leyland“-Werke konnte nicht nachgewiesen werden, dass Schuminsky die Regierung täuschen wollte. An diesem Geschäft über 5 Millionen Pfund Sterling war die Regierung, die „Bank Kapofasim“, „Leyland-Aschdod“ und „Autocars“ beteiligt.

Von den „Spenden“, die „Autocars“ gewährt hatte, standen vor allem zwei im Mittelpunkt der Anschuldigungen: 100.000

er Regierung se gegen Schubinsky

Im August 1969 an den Erziehungswissenschaften und 50.000 Lf. im April 1969 für die Errichtung eines Denkmals zu Ehren der im Kriege gefallenen Piloten aus dem Kibbuz Alonim. Die Geld-Spenden waren in den Geschäftsbüchern unter einem falschen Titel eingetragen worden, einmal als „Werbekosten“ und einmal als „Auszeichnungen für eine andere Gesellschaft“. Diese Einträge wurden später beseitigt. Der Rechtsanwalt der Regierung kann hieraus aber keinen Beweis ableiten, das diese ursprünglich falschen Einträge stichhaltige Beweise erlangt werden sollten.

Möb. Schmelz Tamm, der die Überprüfung der Anschuldigungen im Rahmen des Wirtschaftsausschusses der Knesset geleitet hatte, beschuldigte den Rechtsanwalt, die Schließung der Akze auf Druck des Justizministers empfinden zu haben. Es sei klar gewesen, dass es sich zum mindesten bei der Spende für den Kibbuz Alonim um eine klare Fälschung handelte.

Rabinowitz warnt vor Optimismus

(HM) — Die Kürzung des laufenden Staatsbudgets um 1,4 Millionen IL brachte die staatlichen Dienstleistungen bis zur roten Grenzlinie, die nicht überschritten werden darf. — Dies erklärte Finanzminister Jehoshua Rahmowitz auf einer Zusammenkunft mit Wirtschafts-kommiscenten.

lässiger in Form von kosten-
losen Dienstleistungen gewährt
werden soll

MEHRWERTSTEUER SOLL REFORM EINLEITEN

Die Ben Schachlar-Kommission wird ihre Vorschläge zur Einführung der Mehrwertsteuer bis zum 1. März vorlegen. Erst dann will das Finanzministerium die Höhe des Steuersatzes entscheiden, der nach allgemeinen Vermutungen nicht niedriger als 5 % liegen soll.

Für das Finanzministerium ist die Mehrwertsteuer in das umfassende Reformprogramm einbezogen und gilt sogar als Voraussetzung und Bedingung für die Einkommensteuer-Re-

Naphta-Aktien fielen wieder

Aktien beuten um 15 Punkte L. Geschäftsschließen auf Aktienmarkt erreichen 1,8 Millionen.

Auch nach Obligationen bestand lebhafter Nachfrage. Abschließen beliefen sich auf 2 Millionen.

In der Lilienblumstrasse wurde der Dollar für 655 L. verkauft.

Aus dem Kurszettel der Teil-Aviver Böden

[illegible]

Amerikanische Studiengruppen kommen heute nach Israel

annahmestreffen, die Gedenkstätte Yad Vashem besuchen und beim Knesset Ausschuss für Auswärtiges und Sicherheit zu Gast sein. Morgen sind sie die Gäste des Generalstaatschefs, Überwachen sind sie bei Außenminister Allon in Ginosar zu Gast und am Sonntag werden sie von Ministerpräsident Rabin und Verteidigungsminister Peres empfangen. Bevor sie am Montag das Land verlassen, werden sie das Koordinationszentrum für akademische Neuchwanderer in Karmat-Tet-Jerusalem besuchen. Der neue Vorsitzende des United Jewish Appeal in den Vereinigten Staaten Frank R. Lautenberg, ist jetzt zu einem einwöchigen Besuch in Israel eingetroffen. Frank Lautenberg, derzeit Montclair in New Jersey, wurde auf der letzten Jahreshauptkonferenz des UJA im Dezember 1974 zum Vorsitzenden der Organisation gewählt. Während seines Aufenthaltes im Land wird er an einer Sitzung der Jewish Agency teilnehmen und Besprechungen mit Regierungsvertretern abhalten.

Geldstrafe fuer Autobus-Chauffeur

Der Halbfahr Verkehrsrichter Micha Lindenstraus verurteilte einen unböflichen Autobushauffeuer zu einer Geldstrafe von 450 IL.

Auf der Autobuslinie 57 wollte eine Frau mit einer 50 IL-Note ihren Fahrschein bezahlen. Der Chauffeur forderte die Frau mit Schimpfworten auf, aussteigen, doch fand sich schliess-

BESTEuerung von INDEX-Gewinnen

Nach dem Vorschlag der Finanzkommission soll die Ben. Schachar-Kommission auch eine 15prozentige Besteuerung der Kursgewinne aus indexgebundenen Obligationen, die bereits erworben wurden oder neu erworben werden, empfehlen.

Das Finanzministerium befürchtet, dass eine solche Steuer die Sparfreudigkeit beeinträchtigt.

RENDEZ-AM-GESTIKIGEN-SOKSENMARKT
Übermittelt durch die Wertpapierabteilung des Jambel

ohne Oblige

= es richtig	K = Nur Käufer
= et comp. 5%	V = Nur Verkäufer
	S = Schlichtungs
aller Botsch	uneinheitlich
der Sonder	fester
Klause	schwächer

ISRAEL NACHRICHTEN

החדשות ישראל

TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE

— Nr. 325 —

Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675

Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881

Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675

Tel-Aviv, Harkovek Str. 52

Redaktion: Tel. 30014

ale

